Nr. 54 — Jahrgang 17 · Einzelnummer 0,20 Zl. · Sonnabend, den 7. März 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Polens Interesse am Flottenabkommen

Botschafter Chlapowski bei Briand — Das Flottenabkommen ein Friedensinstrument — Polens Freude über die Einigung — Die russische Antwort an Polen — Der Einbruch in die Gesandtschaft wird geleugnet

Paris. Außenminister Briand hat Donnerstag den polnischen Botschafter Chlapowski empfangen, der, wie Havas berichtet, den Auftrag hatte, ihn zum Abschluß des Flottenabrüstungsabkommens zwischen Frankreich und Italien zu beglückwünschen. Dieses Abkommen werde nach der Ansicht der polnischen Regierung in hohem Maße zum allgemeinen Werk der Organisation des Friedens beitragen und damit schon jetzt die internationale Lage verbessern.

Die Sowjetregierung antwortet auf die polnische Beschwerdenote

Warschau. Wie die polnische Presse berichtet, hat die Sowjetregierung die polnische Beschwerdenote wegen versuchten Eindringens eines Agenten in das Arbeitszimmer des polnischen Gesandten in Moskau beantwortet. Das Boulevardblatt „Record Poranny“ behauptet, daß die Antwort, die in dreistem Ton gehalten sei, die festgestellten Tatsachen abzuleugnen versuche.

Das indische Friedensprogramm

London. Das Abkommen zwischen Gandhi und dem Vizekönig von Indien ist jetzt veröffentlicht worden. Es sieht die Beendigung des Feldzugs des zivilen Ungehorsams sowie den Verzicht auf Boykottierung englischer Waren als eine politische Waffe vor. Die wegen zivilen Ungehorsams zu Gefängnis verurteilten Personen, die sich keiner Gewalttat schuldig gemacht haben, werden auf freien Fuß gesetzt. Der Bevölkerung der Salzgebiete, insbesondere ihrem ärmsten Teil, wird gestattet, Salz zum Hausgebrauch oder zum Zweck des Verkaufs in den Dörfern herzustellen. Das „Pikettstehen“ vor den Kaufläden wird erlaubt, wenn es keinen tätlichen Charakter trägt. Verschiedene Verordnungen, die während des Feldzugs des zivilen Ungehorsams erlassen worden sind, werden aufgehoben. Der Verkauf und der Kauf britischer Waren soll unverhindert geschehen können.



Das Ende eines Präsidentschaftskandidaten

Der frühere französische Justizminister Peret, der noch vor wenigen Monaten als künftiger Präsident der Republik galt, dann aber wegen seine Verwicklung in den Bestechungsskandal der Oustric-Bank zurücktreten mußte, hat die besten Aussichten, im Gefängnis zu enden: die Untersuchungskommission hat jetzt die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität beantragt.

Vandervelde über die Friedensbestrebungen

Englands, Frankreichs und Deutschlands Zusammenarbeit unentbehrlich — Die größte Gefahr bilden die Rüstungen — Gegen die Kriegsschuldlüge — Nach Locarno keine Militärbündnisse mehr!

Brüssel. In der Sitzung der belgischen Kammer erklärte der Führer der belgischen Sozialisten, Vandervelde, die Anstrengungen des Außenminister Hymans für einen Zollfrieden, deren erstes Resultat das Osloer Abkommen sei, verdienten besondere Anerkennung.

Die Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Deutschlands sei für den Frieden Europas unentbehrlich.

Die größte Gefahr für den Frieden sei im Augenblick die Angst, die die Regierungen zu Rüstungen veranlasse. Belgien sei das einzige Land, dessen Militäretat heute höher sei, als vor dem Kriege. Der deutsche Reichswehretat erscheine mit 5,6 Milliarden Franken sehr klein gegenüber dem französischen Militäretat von 20 Milliarden. Deutschland werde augenblicklich von einer schweren Krise geschüttelt und

die deutschen Sozialisten befänden sich in der schwierigen Lage,

entweder für den Wehretat zu stimmen oder die bürgerliche Regierung zu stürzen. Die deutschen Sozialisten besäßen aber das volle Vertrauen der belgischen Sozialdemokratie. 1920 habe Vandervelde dem belgisch-französischen Militärabkommen zugestimmt. Er halte es aber heute **nach Locarno für zweifelhaft,** ob angesichts des großen Mißtrauens im Auslande die Aufrechterhaltung dieses Abkommens angezeigt wäre. Er freue sich, daß Herr Hymans festgestellt habe,

daß die belgische Außenpolitik ausschließlich auf dem Völkerbundspakt, dem Locarnoabkommen und dem Kelloggpakt basiere.

Der Versailler Vertrag sei ein Vertrag, der nicht nur dem Besiegten Lasten auferlege, sondern der die Bestrafung des Alleinschuldigen an der Katastrophe darstelle. Sicherlich treffe Deutschland die direkte Verantwortung für den Ausbruch des Krieges. Aber es gebe andere Regierungen, die in den Jahren vor dem Kriege eine indirekte Schuld auf ihre Schultern geladen hätten. Deutschland sei nicht allein schuldig. Vandervelde schloß mit einem warmen Friedensappell.

Die Zurückdrängung des deutschen Schulwesens in Polen

Warschau. Gelegentlich der Aussprache im Senat über den Haushalt des Unterrichtsministeriums besprach der deutsche Senator Utta das deutsche Schulwesen in Polen. Er stellte einleitend fest, daß im gegenwärtigen Budget keine einzige Position für das deutsche Schulwesen in Polen berücksichtigt. Noch im Jahre 1919 hätten in Kongreßpolen 564 deutsche Volksschulen, 9 Mittelschulen und eine Lehrerbildungsanstalt bestanden. Heute zähle man nur 98 Volksschulen mit nur zum Teil deutscher Unterrichtsverwaltung und von den 5 noch bestehenden deutschen Mittelschulen besäßen nur zwei Oeffentlichkeitsrecht. Besonders bedrückt werde das deutsche Schulwesen in Posen und Pommerellen, wo man gegenwärtig nur 280 deutsche Schulen zähle gegen 557 vor sieben Jahren. Im Korridorgebiet, so schloß der Senator seine Darlegungen, müßten 66 Prozent der deutschen schulpflichtigen Kinder polnische Schulen besuchen und in der Wojewodschaft Posen 45 Prozent.

Rückreise Dr. Curtius

Wien. Der deutsche Außenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Pünder haben um 18,20 Uhr Donnerstag mit den übrigen Herren der deutschen Delegation die Rückreise nach Berlin angetreten.

Einbruch im italienischen Konsulat in Zürich

Zürich. Einbrecher stahlen in der vergangenen Nacht aus den Räumen des italienischen Konsulats einen Geldbetrag von 400 Franken und zwei Revolver. Sie drangen auch in die Räumlichkeiten der im gleichen Hause befindlichen Wohlfahrtsinstitution ein, ohne jedoch etwas zu erbeuten. Die Täter sind unbekannt entkommen.

Frieden in Indien?

Wenn alle Anzeichen nicht trügen, ist man in Indien auf dem Wege zur Pazifizierung. Monatelang ist die Weltpresse über die Revolte in Indien in Spannung gehalten worden, und die Nachrichten von Zwischenfällen waren nicht dazu angetan, irgendwelche Aussichten auf baldigen Friedensschluß zwischen London und den indischen Nationalisten zu erhoffen. Die Arbeiterregierung mußte, gleich den Konservativen, durchgreifen und dort, wo Militärs das Schicksal des Landes leiten, sind Friedensaussichten immer sehr beschränkt. Die Indier antworteten mit fortgesetztem Boykott englischer Waren, lehnten die Abgaben an das Salzmonopol ab, es kam zur Verhaftung der Führer und schließlich auch noch zu Differenzen zwischen Indiern und Moslems, die das indische Territorium bewohnen. Aber die Arbeiterergierung hatte in Lord Irwin, dem Vizekönig von Indien, einen Mann zur Verwaltung gesandt, der über die Vorgänge von heute nie das „Morgen“ vergaß, und seinem Streben nach Ausgleich ist es wohl zu verdanken, daß jetzt erfreulichere Nachrichten aus Delhi kommen. Natürlich sind nicht alle Wünsche der Indier völliger Unabhängigkeit befriedigt worden, und hier ist noch ein wunder Punkt, der auch den jetzigen Friedensschluß in Frage stellt. Denn noch bleibt die Austragung des Klassenkampfes übrig und zwar nicht nur zwischen den breiten Schichten des indischen Proletariats und den besitzenden Schichten Indiens, sondern auch die Gegensätze zwischen Moslems und Indiern selbst bleiben offen und man darf auch nicht vergessen, daß dieser Friedensschluß zunächst nur ein Ausgleich der besitzenden Klassen Englands und Indiens ist, die ihren Anteil am Gewinn des englischen Kapitalismus anmelden und scheinbar befriedigt werden. Der eigentliche Kampf um Indien wird sich erst innerhalb der breiten Volksschichten und der besitzenden Stände vollziehen, denn auch hier macht der Kapitalismus nicht halt, sondern will seine Ausbeutung weitertreiben, was die Gegensätze zwischen dem indischen und moslemischen Proletariat wohl verwischen, aber der Nationalismus seine Früchte aus der Spaltung der unterdrückten Stände ziehen wird. Ist nach außenhin zwischen Lord Irwin und Gandhi der Friedensschluß erfolgt, der nunmehr auch vom Kongreß der indischen Nationalisten gebilligt wurde, so beginnt der Kampf um Indien innerhalb Indiens selbst, erst in den nächsten Jahren.

Man darf daran erinnern, daß die Bestrebungen Indiens auf völlige Lostrennung von England gehen und hier liegt auch die Schatzkammer des englischen Empirs. Daß Englands Kapitalisten auf diese Einnahmen aus Indien verzichten werden, war nie zu erwarten und die Entwicklung wollte es, daß gerade die Arbeiterregierung das Ruder in Großbritannien führt, wo die Indier völlige Selbständigkeit verlangen. Es wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet, um Indien wenigstens die Form eines Domiens Englands zu geben, das lehnten die Indier ab, während die Fürsten, die von Gnaden Englands Kapitalisten leben, waren zu einem solchen Ausgleich bereit. Der Bericht der Simons-Kommission sollte die Grundlage einer Verständigung bilden und während die Konservativen und zum Teil auch die Liberalen, von der Arbeiterregierung forderten, daß sie die eiserne Faust gegen die indischen Rebellen zeige, entschlossen sich Macdonald und Henderson, die Dinge am anderen Ende zu fassen und den Frieden herbeizuführen. Die Vorschläge, die nun Lord Irwin dem Arbeiterkabinett unterbreitete, konnten nicht zum praktischen Ergebnis führen, weil Gandhi sowohl als auch andere namhafte Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, in Gefängnissen saßen und sich weigerten, an der „Konferenz am runden Tisch“ in London teilzunehmen, solange nicht eine Amnestie für alle politischen Gefangenen erfolgt ist. Gandhi und seine Getreuen wollten nicht in London verhandeln, solange ihre Freunde in Gefängnissen unter Lord Irwins Obhut schmachten. Andererseits konnte die Arbeiterregierung keine Zugeständnisse machen, um ihr Prestige gegenüber den Konservativen und Liberalen zu wahren, die ihre Schwäche gegenüber der Unabhängigkeitsbewegung vorwarfen. So fand die Konferenz am runden Tisch zwischen indischen, moslemischen und englischen Vertretern unter Ausschluß eines Teils der indischen Bevölkerung statt und man erhofte keinerlei Rückwirkungen, hielt die ganze Konferenz als verfehlt.

Die englische Regierung war unter Macdonalds und Hendersons Führung zu großen Konzessionen bereit und als

die Londoner Konferenz ihren Abschluß fand, entschloß man sich, Gandhi aus dem Gefängnis zu befreien, um ihm die Möglichkeit zu Konferenzen, also zu Friedensverhandlungen, zu geben. Zunächst schien es, daß die Ergebnisse der „Roundtablekonferenz“ nicht genügend Aussichten bieten, um eine Einigung, bezw. den Frieden in Indien herbeizuführen. Die Forderungen Gandhis waren auch sehr weitgehend, man forderte neben der politischen Amnestie auch noch die Untersuchung der Uebergriffe bei den Ausschreitungen durch Polizei und Militärs, Rückgabe des beschlagnahmten Grundbesitzes für Güter, die ihren Steuerverpflichtungen nicht nachkamen und das wichtigste, die Aufhebung des Salzmonopols, weil das Salz von Natur an alle gegeben, steuerfrei sein solle. Aber es bietet neben der Baumwolle die Haupteinnahmequelle des englischen Kapitalismus in Indien und darauf war eine Konzession nie möglich, ebensowenig die Untersuchung der Zwischenfälle gegen Polizei und Militärs, denn hier war das Heiligtum der gepanzerten Faust gefährdet. Wer die Empfindlichkeit der Militärs und der Wahrer von Ruhe und Ordnung kennt, der wird über diese Prestigefragen nicht erstaunt sein. Es sei vorausgesetzt, daß selbst Gandhi und die muselmannischen Vertreter gern anerkannten, daß für sie zur Einigung zwischen Indien und England nie die Zeiten so günstig lagen, als in dem Stadium, wo das englische Empir von der Arbeiterregierung betreut wird. Der Feldzug Gandhis wäre wohl auch zu Zeiten einer konservativen Regierung im Keime mit Blut unterdrückt worden, nicht mit der vorsichtigen Nachlässigkeit, wie sie Lord Irwin, der Vizekönig Indiens, im Auftrage Macdonald betrieb. In London selbst wirkte Oberst Wengood als Staatssekretär und auch in ihm hatte Indien einen Fürsprecher, der ihm die volle Unabhängigkeit gönnte, wenn nur die Voraussetzungen dazu gegeben waren. Denn, daß in Indien mehr Freiheit und das Recht auf Selbstverwaltung gewährt werden müsse, das stand für die Arbeiterregierung fest, völlige Freiheit eines Domiens war nicht möglich, weil auch die Massen Indiens zu diesem Zweck noch nicht politisch reif sind. Aber in den Ergebnissen der „Roundtablekonferenz“ sah man die Grundlage, auf welcher sich allmählich die Selbständigkeit Indiens, unter Betreuung Englands, vollziehen kann. Hier liegt wiederum ein Erfolg der Arbeiterregierung, der gering bewertet wird und doch in der Geschichte Englands ein Markstein der Entwicklung bedeutet, wie seinerzeit die an Irland nach dem Kriege gewährte „Homo rule“ durch Lloyd George gegen den Willen der Konservativen.

Die spärlichen Nachrichten, die aus Indien zum Friedensschluß zwischen Lord Irwin, dem Vizekönig und Gandhi, dem zweifellos begabtesten und weitsichtigsten Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, vorliegen, gestatten noch nicht ein abschließendes Urteil. Eines steht jedenfalls fest, daß die gegenseitigen Konzessionen sehr bedeutend sein müssen, wenn der indische Nationalkongreß das Abkommen zwischen Gandhi und Lord Irwin gebilligt hat. Zwar ist man vom wirklichen Frieden noch sehr weit entfernt und soviel steht fest, daß zwei Hauptpunkte Gandhis nicht erfüllt werden, das ist Aufhebung des Salzmonopols, das Problem, wo eigentlich der heilige Krieg um Salz und der Boykott englischer Waren begonnen hat und zweitens, die Untersuchung der Schuldfrage an den Zwischenfällen, also die Schuld an den blutigen Zweikämpfen zwischen indischer Bevölkerung, Polizei und Militär. Gewiß werden hier vertrauensvolle Zugeständnisse gemacht worden sein, aber das Prestige der englischen Weltmacht darf und wird nicht angetastet. Aber der Weg zum Frieden, wenigstens zwischen den englischen und indischen Ausbeutern, ist geöffnet, denn die Austragung des Klassenkampfes der Bevölkerung selbst, steht, wie schon oben erwähnt, noch aus. Von rein menschlichen Gefühlen muß der Friedensschluß begrüßt werden, denn die nächste Folge der Einigung zwischen Lord Irwin und Gandhi ist die Einstellung des Unabhängigkeitsfeldzuges, also das Ende blutiger Auseinandersetzungen zwischen militärischen Machthabern und indischer Bevölkerung.

Aber der Frieden der beiderseitigen Kapitalisten ist nur eine Etappe im Befreiungskampf Indiens. Man darf die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gegensätze nicht leicht nehmen, die naturgemäß dem Friedensschluß folgen müssen, und hier wird uns Indien erst noch sehr oft beschäftigen. Nicht, weil der Arbeiterregierung daran liegt, aber weil es die zwangsläufige Folge kapitalistischer Ausbeutung des Kolonialgebiets ist und wir werden noch sehr oft, bei sozialen Auseinandersetzungen Englands, Kapitalisten in einer Front mit den besitzenden Klassen Indiens sehen, die gleichfalls am Schutz ihrer heiligen Gewinne großes Interesse haben. Bisher sind diese Gegensätze durch den Unabhängigkeitskrieg überkleistert worden, jetzt beginnt erst die Auseinandersetzung im Innern, als Folge des neuzeitlichen Kapitalismus und seines Ausbeutungssystems. Der Friedensschluß Gandhis ist nur ein Frieden des Kapitalismus und läßt alle innerpolitischen und sozial-wirtschaftlichen Gegensätze offen. Ein Frieden, der gleichzeitig an die breiten Massen eine Kriegserklärung ist, falls sie eigene Ansprüche an die Besitzenden ihrer Nation anmelden sollten.

—ll.



Otto Reutter †

Deutschlands beliebtester Humorist, Otto Reutter, ist in der Nacht zum 4. März in Düsseldorf, wo er ein Gastspiel absolvierte, im 62. Lebensjahre einem Herzleiden erlegen.

Patriotismus auf Kosten der Massen

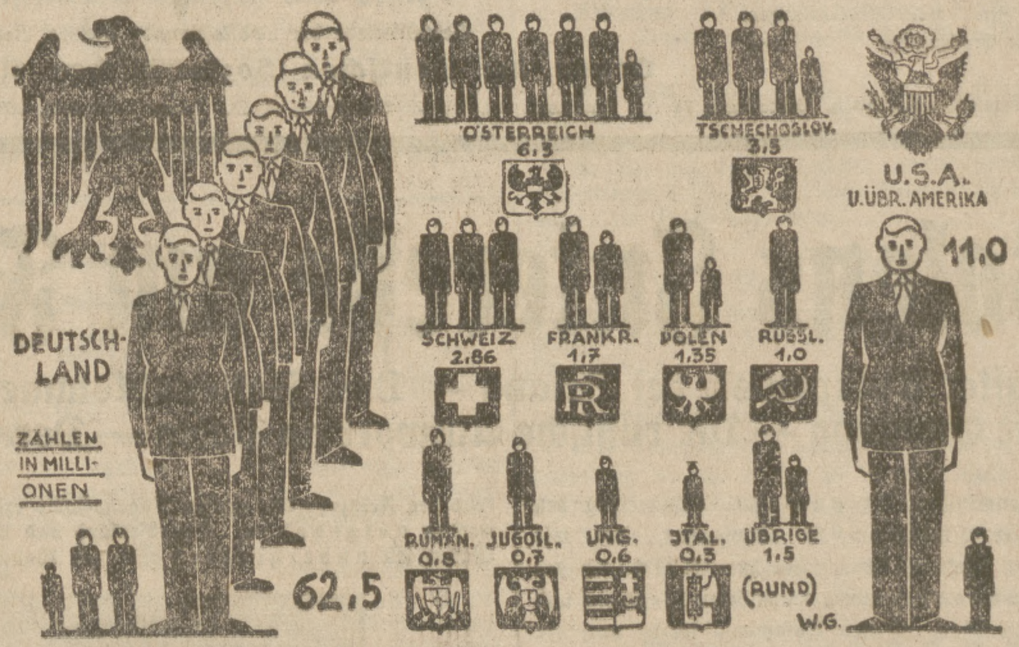
Nur kein Wehrbeitrag — Sozialdemokratie und Panzerkreuzer

Berlin. Der Schwerpunkt der Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und dem Reichskabinett lag in einer Besprechung der Steuersachverständigen. Es handelte sich dabei um die Frage, ob es möglich sei, in Form von Steuerzuschlägen auf die höheren Einkommen und Vermögen eine Art Mehrbeitrag zu finden, durch den das Panzerschiff B finanziert werden könnte In sozialdemokratischen Kreisen verlautet, daß beim Zentrum eine gewisse Geneigtheit für diese Gedankengänge bestehe. Dagegen finden sie in der Fraktion der DVP. scharfe Ablehnung, die auch in der Fraktionssitzung gestern abend zum Ausdruck kam. Nach Informationen von sehr gut unterrichteter anderer Seite sind die Aussichten für eine Verständigung auf dieser Basis recht gering. Der Kanzler selbst dürfte Wert darauf legen, unter allen Umständen ein langes Feilschen um Zugeständnisse zu vermeiden. Es ist wahrscheinlich, daß er den Sozialdemokraten schon morgen in diesem Sinne seinen Standpunkt bekannt gibt. Donnerstag abend hielten übrigens das Zentrum und die Sozialdemokraten auch noch Fraktionssitzungen ab, um sich mit den aktuellen Problemen zu beschäftigen.

*

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht über eine mehrstündige Fraktionssitzung, die sie heute abend abhielt folgendes Kommuniquee:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag mit der Haltung der Sozialdemokratie zu den schwebenden politischen Fragen, insbesondere der Haltung zum Wehretat und zum Bau des Panzerschiffes B. Sie wird ihre endgültige Haltung von den allgemeinen politischen Erwägungen und von den Entscheidungen über die sozialpolitischen und finanzpolitischen Anträge der Sozialdemokratie abhängig machen.



94 Millionen Deutsche

leben auf der Erde, davon zwei Drittel innerhalb der Reichsgrenzen, und von dem restlichen Drittel wiederum ein Drittel in Amerika.

Gegen die Moskauer Demagogen

Die Führer der russischen Sozialdemokratie zum Menschewistenprozeß — Die Angeklagten zum Teil alte Bolschewisten — Ein Tendenzprozeß zur Rettung der Diktatur

Berlin. Die hier lebenden Führer der Auslandsvertretung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußland“ Abramowitsch und Dan, die in dem gegenwärtigen Moskauer Prozeß gegen die Menschewisten im Mittelpunkt des Interesses stehen, machten heute nachmittag den Vertretern der Presse Mitteilungen

über ihre Stellungnahme zu diesem Prozeß und den darin speziell gegen sie erhobenen Beschuldigungen.

Zunächst sprach Dan eingehend über die Russische Sozialdemokratische Partei im allgemeinen. Er hob hervor, daß diese Partei, die heute in Rußland verboten sei und seitdem nur illegal d. h. außerhalb der anerkannten politischen Organisation arbeiten könnte,

den bewaffneten Kampf trotz ihrer schärfsten Gegnerschaft gegen die Politik der Sowjetregierung ablehne,

weil sie von Aufständen und Bürgerkrieg im heutigen Rußland keine Erfüllung ihrer Programms erwarte. Sabotage, Schädlingsarbeiten und gar fremde Intervention als Mittel des innerpolitischen Kampfes gegen die gegenwärtige russische Regierung verwerfe die Partei grundsätzlich. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei

habe niemals irgendwelche Verbindungen mit irgendeiner bürgerlichen russischen Gruppe in Rußland oder in der Emigration unterhalten

und selbstverständlich auch niemals von einer derartigen Seite Geld erhalten. Von der Deutschen Sozialdemokratischen Partei habe weder die Partei, noch ihre Auslandsvertretung in Berlin entgegen den Behauptungen in der Anklageschrift in den Jahren 1929 bis 1930 auch nur einen Pfennig erhalten.

Abramowitsch legte anhand von Dokumenten dar, daß er in der aus der Moskauer Anklageschrift zu entnehmenden Zeit — Ende Juli oder Anfang August 1928 —

unmöglich in Moskau gewesen sein könne,

sondern daß er sich vom 9. bis 30. Juli in Plau in Mecklenburg zur Erholung aufgehalten habe und über Berlin am 31. Juli nach Brüssel gereist sei, wo er bis zum 12. August geweilt habe. Hunderte von Mitgliedern oder gewesenen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei seien verhaftet worden. Von den Verhafteten habe man im Laufe der Monate

die 14 jetzigen Angeklagten ausgewählt,

obwohl in der Anklageschrift die Namen anderer in Rußland weilender Personen genannt seien, denen man schwerwiegende Vergehen vorwerfe, die man aber wahrscheinlich nicht als taugliche Mitspieler dieses Demonstrationsprozesses, befunden habe.

Es handle sich um einen Akt im Kampfe der Stalinschen Diktatur gegen die russische Intelligenz.

Viele der Angeklagten, insbesondere Groman und Suchanoff, seien in führenden Stellungen tätig gewesen und als

die treuesten Mitarbeiter der alten Garde des Bolschewismus bekannt.

Man wolle durch moralische Diskreditierung der Sozialisten, dem russischen Proletariat seine letzte Hoffnung auf Befreiung von der geschichtlich überlebten Diktatur nehmen. In der Anklageschrift werde viel von Dokumenten, Flugblättern, Zirkularen und dergl. des angeblichen Unionbüros gesprochen. Der Angeklagte Rubin wolle sogar direkte Instruktionen für Schädlingsarbeit im Besitz gehabt haben. Aber bezeichnenderweise liege der Anklageschrift kein einziges corpus delicti bei.

Die konsequenten Selbstbezichtigungen der Angeklagten seien nur aus der besonderen Atmosphäre in Sowjetrußland zu erklären.

Dazu kämen die raffinierten Methoden neuzeitlicher Folterung, durch die man anscheinend wenigstens diese 14 Leute dahin gebracht habe, eine vereinbarte bewußtwahrheitswidrige Aussage als das kleinere Uebel zu betrachten.

Teilnahme der Türkei am europäischen Studienausschuß

Genf. Die türkische Regierung hat in einer Note dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie die Teilnehme an den Konferenzen des europäischen Studienausschusses annehme, und daß sie zu der nächsten Konferenz im Mai Vertreter entsenden werde. Die türkische Regierung betont, daß ihre Beteiligung unter der Voraussetzung erfolge, daß der Studienausschuß seine Arbeiten auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Staaten vornehme, und daß diese Arbeiten keine Spitze gegen andere Kontinente enthalten.

Die Auflösung der türkischen National-Versammlung

Angora. Die Nationalversammlung hat die Auflösung des Parlamentes beschlossen. Die Neuwahlen werden unverzüglich stattfinden. Vor dem Beschluß über die Auflösung setzte die Nationalversammlung die Abgeordnetendiäten von 500 auf 350 türkische Pfund herab. Auf Grund der türkischen Verfassung machen die Neuwahlen zum Parlament auch eine Neuwahl Mustapha Kemals zum Präsidenten der Republik notwendig



Der neue Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes

der Nachfolger des Ministerialdirigenten von Moltke, der zum Gesandten in Warschau ernannt wurde, ist der Gesandte z. D. Richard Meyer.

Polnisch-Schlesien

„Seelenschatz“ in Schwientochlowitz

Die kath. Kirche lehrt, daß sich nach dem Tode die Seele vom menschlichen Körper trennt und vor das göttliche Gericht gestellt wird. Hat der Verstorbene fleißig gebetet, wenig gegessen und in Demut Schimpf und Schande ertragen, so kommt er in den Himmel. Ob er direkt in den Himmel kommt, das ist nicht ganz sicher, denn man hat uns in den Religionsstunden eingepaukt, daß selbst der Gerechteste täglich mindestens sieben Sünden begeht. Mit der Zeit sammelt sich davon eine schöne Portion an, die nach dem Tode abgebüßt werden muß. Der Seele wird nichts geschenkt und selbst das kleinste Fleckchen muß gründlich mit Feuer gereinigt werden. Sind die Sünden nicht schwer, dann wird die Seele ins Fegefeuer geschickt. Manche Seelen, die ordentlich stark mit kleineren Sünden behaftet sind, verbleiben sehr lange im Fegefeuer, selbst viele Jahrhunderte, ja sogar Jahrtausende. Sie befinden sich ganz unten in den Feuerflammen, wo es am heißesten ist. Allmählich steigen sie immer höher, bis einmal die Zeit kommt, daß sie aus dem Fegefeuer befreit und in den Himmel hereingelassen werden.

So hat man uns in den Religionsstunden gelehrt, in bezug auf die kleinen Sünder, die jeden Tag nur mehrere Dutzend Sünden, leichter Natur, begehen. Die schweren Sünder hingegen, wandern direkt in die Hölle. Diesen Seelen ist nicht mehr zu helfen, denn sie müssen ewig in der Hölle, ohne Erbarmen, schmachten. Einmal sitzen sie im Schwefelfeuer, dann werden sie im Teerfeuer gehalten oder zur Abwechslung auf einem Spieß gebraten. Die Herrn Teufel in der Hölle haben ihre Freude daran und erfinden immer schrecklichere Martern für die armen Seelen. So lehrt die katholische Kirche, die angeblich in allen diesen Dingen Bescheid weiß. Von uns war noch keiner dort drüben gewesen und daher können wir unseren Lesern weder über den Himmel, noch vom Fegefeuer und am wenigsten von der Hölle etwas berichten.

Die katholische Kirche lehrt weiter, daß ein guter Katholik sich vor der Hölle und zum Teil selbst vom Fegefeuer retten kann. Er muß seine Sünden fleißig beichten. Der Pfarrer hat die Möglichkeit die Sünden, selbst die schwersten, zu verzeihen. Die Sünden müssen vorgebracht und bereut werden, dann wird alles wieder gut und der Sünder kann von frischem sündigen. Er kommt zuletzt doch noch in den Himmel, selbst, wenn er einen Mitmenschen umgebracht hat. Hat ihm das der Pfarrer vergeben, so drückt der liebe Gott ein Auge zu und die Seele des schweren Sünders ist rein, wie neue Leinwand aus Bobreks Warenhaus.

Gegen die kleinen Sünden gibt es noch andere Mittel, die wirksamer als die Beichte wirken. Das Universalmittel ist der Ablaß. Der Ablaß wird vom Papst, dem Bischof, dem Pfarrer und dem Mönch erteilt, allerdings zur geeigneten Zeit, ungefähr so, wie die Amnestie von der Regierung für die verurteilten Häftlinge. Ablaß und Amnestie sind ungefähr dasselbe und schließen meistens schwere Verbrechen bezw. Sünden aus.

In Schwientochlowitz gibt es noch Ablaß für die Seelen der verstorbenen Katholiken, wenn der Priester (Pfarrer Otremba) eine Messe liest. Aber das gibt es nur in Schwientochlowitz, denn die anderen Pfarreien genießen das Privileg nicht. Der Bischof hat nämlich der SchwientochlowitzerPfarrei das „Ablaßprivileg“ erteilt. Darüber berichten die „Wiadomosci Parafijalne“. Wir lesen dort: „Wenn der Priester an demselben (Altar) für die Seele eines verstorbenen Christgläubigen die hl. Messe liest, so erhält diese Seele aus dem Schatze der Kirche einen vollkommenen Ablaß, so daß sie aus der Pein des Fegefeuers erlöst wird“. Daraus ersieht man, daß es die Katholiken in Schwientochlowitz nach dem Tode viel besser haben, als die Katholiken in den anderen schlesischen Gemeinden. Durch eine einzige Messe werden sie aus dem Fegefeuer befreit, selbst, wenn sie ganz unten direkt am Herd sitzen und mit unzähligen Sünden behaftet sind. Die „W. P.“ haben auch vollkommen recht, wenn sie die Parochianen aufmuntern, recht fleißig die hl. Messen für die Verstorbenen lesen zu lassen. Das befreit die armen Seelen aus der Pein des Fegefeuers und bringt dem Pfarrer auch etwas ein. Der Pfarrer und die Seele fahren sehr gut dabei.

Die Schwientochlowitzer sind überhaupt besser daran, als die Christen anderer Gemeinden. In derselben Nr. des „W. P.“ wurde angekündigt, daß am Donnerstag die hl. Messe für die Arbeitslosen gelesen wird. Das Blatt sagt dazu, daß diese Messe den Arbeitslosen weit mehr helfen wird, als die Straßendemonstrationen. Zuletzt wird noch das Lied gesungen: „Du mögest den Arbeitslosen Arbeit verschaffen.“ Die Katholiken in den anderen Gemeinden werden neidisch sein, und zwar mit Recht, denn soviel Glück wie in Schwientochlowitz, wird ihnen nicht zuteil, denn hier brauchen sie nach ihrem Tode im Fegefeuer nicht zu sitzen und werden sie arbeitslos, so verhilft ihnen die Messe zu Arbeit und Brot.

Es wird weiter reduziert

Entlassung von 140 Mann auf Bradegrube.

Gestern nachmittags fand in Kattowitz eine Kommissionssitzung statt, an welcher der Demobilmachungskommissar, der Arbeitsinspektor, ein Direktor und der Betriebsrat der Bradegrube teilnahmen. Nach längerer Aussprache entschied der Demobilmachungskommissar auf Entlassung von 140 Personen der Bradegrube. Die Verwaltung wollte allerdings 270 Kündigungen erlassen. Der Demobilmachungskommissar erklärte, daß es besser wäre, 140 Mann zu kündigen, die auf Grund statistischen Materials überzählig sind, als zu warten, bis die Verwaltung mit Forderungen an ihn herantritt, die gesamte Grube stillzulegen, aus Absatzmangel und Ueberproduktion.

Natürlich protestierte der Betriebsrat gegen den Abbau auf Bradegrube und setzte für Montag eine Sitzung in dieser Sache fest. Die Verwaltung wollte von einer Debatte oder Sitzung zwar nichts wissen, doch willigte sie schließlich ein, nachdem der Demobilmachungskommissar sie aufmerksam gemacht hatte, doch ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen. — Viel wird auch leider die Montagsverhandlung nicht an der Tatsache ändern, daß weitere 140 Ernährer ihr Brot verlieren werden.

Wege zur Lösung des Wohnungsproblems in der Wojewodschaft Schlesien

Von Dr. S. Glücksmann

Grundsätzliche Unterschiede.

Der Verfasser, Herr Abg. Dr. Kotas, hat bewußt die Gesetzgebung und die Tätigkeit Wiens auf dem Gebiete des Wohnungsbaues verschwiegen, da zwischen ihm und uns Sozialisten grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in folgenden Fragen bestehen:

1. In der Frage des Mieterschutzes.
2. In der Frage der Mietszinshöhe in alten Wohnhäusern.
3. In der Frage der Geldquellen, die für die Finanzierung des Wohnungsbaues notwendig sind.

Der Mieterschutz.

Der Verfasser widmet diesem Problem keinen besonderen Absatz in seinem Buche und greift nur gelegentlich an einigen Stellen auf dieses zurück. Er ist der Ansicht, daß der Mieterschutz beseitigt werden müßte und unterstreicht gern die Tatsache, daß der Mieterschutz in einigen Staaten bereits behoben wurde. Tatsächlich ist der Mieterschutz beseitigt worden: in der Schweiz im Jahre 1923, in Schweden im Jahre 1926, in Holland im Jahre 1927 und in Frankreich ist der Mieterschutz bis Ende 1931 gültig.

Der Umstand, daß verschiedene Staaten in verschiedenen Zeitpunkten den Mieterschutz aufgehoben haben, bestätigt nur, daß sie zu dieser Maßnahme gegriffen haben, als die

Wohnungsnot bereits behoben

war. Anders konnte es auch gar nicht sein. Den Mieterschutz hat eine harte Lebensnotwendigkeit die katastrophale Wohnungsnot, hervorgerufen.

Der Mieterschutz verbleibt also in klausalem Zusammenhange, mit der, durch den Krieg bewirkten Wohnungsnot. Die Folge: der Mieterschutz kann also solange nicht beseitigt werden, solange seine Ursache, die Wohnungsnot, besteht.

Solange das Mißverhältnis zwischen Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot kraß ist, — das Angebot nur einen geringen Bruchteil der Wohnungsnachfrage befriedigen kann, und zugleich die Wirtschaftskrise wütet, kann von einer Abschwächung des Mieterschutzes keine Rede sein.

Denselben Standpunkt vertritt in der „Polonja“ vom 26. Februar l. Js. Herr Dr. Bron. Kusnicz, indem er schreibt: „Die Beseitigung des Mieterschutzes, in den gegenwärtigen Bedingungen allgemeiner Verelendung, wäre direkt eine soziale Katastrophe.“

Die Mietszinserhöhung in alten Gebäuden.

Aus angeblich sozialen Beweggründen verlangt Herr Dr. Kotas, daß die Mietszinse in alten Häusern erhöht werden, da es angeblich ungerecht ist, daß die Mieter in alten Wohnhäusern ein Privileg niedriger Mietszinse haben, während die Mieter in neuen Wohnhäusern übermäßige Mieten zahlen.

Ich kann dieser Ansicht nicht beipflichten. Man sollte vielmehr dahin streben, daß die Mietsätze in neuen Häusern niedriger werden, damit sie für die breiten Kreise armer und unvermögender Mieter erreichbar sind und nicht umgekehrt.

Welchen Zweck sollte die Erhöhung der Mietszinssätze in alten Wohnhäusern verfolgen? Herr Dr. Kotas behauptet, daß dadurch eine Stabilisierung der Verhältnisse erzielt wird, daß das Vertrauen des Privatkapitals gefestigt werden wird, was zur Lotierung des privaten Kapitals in Wohnbauten, vollgerichtig, zur Belebung der Wohnungsbautätigkeit, beitragen wird.

Hier muß unterstrichen werden, daß kein sozialer Faktor daran interessiert ist, daß das Privatkapital direkt die Wohnungsbautätigkeit finanziert, denn es müßte naturgemäß eine solche Verzinsung, des in Wohnbauten investierten Geldes, anstreben, welche bei Darlehen erzielt werden kann. Diese Verzinsung strebt auch das Privatkapital an, sofern sich dessen Besitzer entschließen, ihr Geld in Wohnhäuser zu investieren. Welchen Vorteil haben dabei die armen Mieter? An diese denkt doch auch Herr Dr. Kotas. Uebrigens begegnen die Besitzer neuer Wohnhäuser keinen Hindernissen in der Festsetzung des Mietszinses. Diesen Hausbesitzern ist die Höhe der Mietszinse in alten Gebäuden völlig gleichgültig. Das privatkapitalistische Interesse begegnet keinen Hindernissen bei Neubauten. Wozu soll dann der Mietszins in alten Gebäuden erhöht werden?

Zur Bekräftigung dieser Ansicht sei folgender Absatz aus einer Broschüre des Herrn Dr. Henryk Gruber, zweifellos einer Autorität in Wohnungsfragen, angeführt:

„Für die Wohnungsbautätigkeit ist das Bestehen des Mieterschutzes ohne Bedeutung, denn die Neubauten unterliegen dem Mieterschutz nicht. Uebrigens wurde in Italien und in Deutschland (auch in Wien Anm. der Red.) gerade in jener Zeit, als noch das Mieterschutzgesetz Geltung hatte, eine großzügige Wohnungsbautätigkeit durchgeführt. Das Privatkapital würde nicht einmal dann bauen, wenn die Mietszinse in den Neubauten voll valorisiert werden würden. Die Erhöhung der Mietszinse in Althauten würde nur zur Steigerung der Kapitalsrente beitragen.“

Diese Begründung der Mietszinserhöhung wird daher hinfällig.

Die Rolle der Kreditinstitute.

Dieser Teil des Buches, welchen der Verfasser dem Problem des zielmäßigen Sparens, der Funktion der Kreditinstitute und der Versicherungsanstalten bei der Finanzierung der ersten Bauhypothek, ferner dem Projekte, der Aufteilung der Lasten auf die 1. und 2. Hypothek widmet, ist zweifellos gut durchdacht und sachlich entworfen. Ob jedoch diese Institute in der Epoche der rasch aufeinanderfolgenden Wirtschaftskrise im Stande sein werden, 40 Prozent der präliminierten Baukapitalien aufzutreiben, jährlich ungefähr 25 Mill. Zloty erscheint mehr als zweifelhaft.

Der Wohnungsbauplan.

Herr Dr. Kotas errechnete, daß momentan in Schlesien ein Mangel von 22 000 Wohnungen zu verzeichnen ist und daß der natürliche Zuwachs an Wohnungsbedarf 2000 Wohnungen jährlich ergibt. Sollte daher eine systematische Wohnungsbauaktion, auf die Dauer von 10 Jahren, zerlegt werden, müßten im Laufe dieser Zeit 42 000 Wohnungen erbaut werden, welche ein Kapital von 630 Mill. Zloty, d. h. 63 Mill. Zloty jährlich erfordern würde.

Einen Teil dieses Kapitals würden die Bauherrn selbst beistellen, zum Teile aus eigenen Mitteln (durchschnittlich 15 Prozent) und teils aus privaten, auf der 1. Hypothek sichergestellten Darlehen. Den Rest, ungefähr die Hälfte des jährlichen Kapitalbedarfes, d. h. annähernd 30 Mill. Zloty, müßte der Wirtschaftsfonds zur Verfügung stellen.

Zu diesem Zwecke beantragt Herr Dr. Kotas eine Novellierung des Wirtschaftsfondsgesetzes in folgender Weise:

1. Die von den Hausbesitzern an den Wirtschaftsfonds entrichteten Angaben, werden stufenweise erhöht. Die Abgaben zahlen die Hausbesitzer, tatsächlich aber wird diese Last auf die Arme der Mieter fallen, denn gleichzeitig soll stufenweise der Mietszins um 10 Prozent vierteljährig erhöht werden, solange bis der Mietszins 180 Prozent der Friedensmiete erreicht. Dieses Projekt stimmt mit dem Entwurfe des Verbandes der Handelskammern überein. Ein Fünftel dieser Abgaben soll den Hausbesitzern und 4/5 dem Wirtschaftsfonds zufallen, welcher aus dieser Quelle 10 Mill. Zloty jährlich erzielen soll.

2. Ueberdies beantragt Herr Dr. Kotas die Einführung einer Kohlensteuer, welche ausschließlich von der im Inlande verbrauchten Kohle entrichtet werden soll. Aus dieser Quelle soll der Wirtschaftsfonds 12 Mill. Zloty jährlich erzielen.

Es sind dies daher typische indirekte Steuern, die von den Mietern und Konsumenten der Kohle gezahlt werden sollen.

Dieses Projekt bezeichnet Herr Dr. Kotas als radikal. Man muß anerkennen, daß diese Projekte wirklich sehr radikal sind. Gleichzeitig aber muß festgestellt werden, daß diese Steuern, abgesehen von ihrem nichtsozialen Charakter, in jetzigen Zeit als vollständig unreal erscheinen.

Das unreale Novellierungsprojekt.

Herr Dr. Kotas spricht selber an einigen Stellen seines Buches Bedenken aus, ob die Eingänge aus den von ihm angeregten Quellen, die veranschlagte Höhe erreichen werden. Er selbst unterstreicht, daß der Erfolg seiner Projekte in großem Maße von der Wirtschaftskonjunktur abhängig ist.

Das Buch des Herrn Dr. Kotas, das an und für sich begrüßenswert ist, denn es schlägt in die Alarmglocke, erscheint jedoch in einem Zeitpunkte, in welchem die Statistik für Schlesien über 60 000 Arbeitslose notiert, außerdem noch eine beträchtliche Zahl Kurzarbeiter hat und die Herabsetzung der Löhne und Gehälter, wie eine Lawine, um sich greift.

Kann in dieser Zeit der Haushalt der Notleidenden mit neuen Steuern belastet werden?

Darf man überhaupt sogar in normalen Zeiten das Einkommen mit Steuern belasten, wenn diese die Konsumfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung verringern?

In meiner Broschüre, welche derselben Frage gewidmet war, habe ich jene Geldquellen angeführt, aus welchen für den Wirtschaftsfonds die Mittel geschöpft werden können und müssen. Hier sei nur kurz wiederholt:

„Ohne das Wiener Finanzierungssystem der Wohnungsbauaktion, werden wir nicht rasch vom Flecke kommen.“ Es muß jedoch nochmals betont werden, daß wir 12 Jahre erfolglos haben verstreichen lassen; zwischen der Erhaltung und der Lockerung des Mieterschutzes schwankend. Hätte man jenes Steuersystem, welches im schlesischen Wirtschaftsfondsgesetz enthalten ist, in ganz Polen, schon vor 10 Jahren eingeführt, wäre das Wohnungsproblem in Polen jetzt schon zum größten Teile, wenn nicht gänzlich, gelöst.

Mit Recht alarmiert Herr Dr. Kotas, daß man nicht länger warten kann, daß jeder verlorene Monat eine Steigerung der Wohnungskatastrophe bedeutet. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß Herr Dr. Kotas den besten Willen hat, rasch das Wohnungsproblem zu lösen. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Mietersteuer (eine solche ist sie in ihrem Wesen) schon mehrmals im Warschauer Sejm angeregt wurde, aber jedesmal wurde dieses Projekt zurückgezogen. Das Projekt der Kohlensteuer dagegen hat im gegenwärtigen Augenblicke der katastrophalsten Wirtschaftskrise, gar keine Aussicht auf Verwirklichung.

Die Schulkommission des Schlesischen Sejms

Unter Vorsitz des Sejmabgeordneten Sysla tagte gestern die Schulkommission des Schlesischen Sejms. Die Sitzung befaßte sich hauptsächlich mit der Finanzierung der höheren Kurse für die Lehrer und die Subventionierung des Schulwesens in den einzelnen Kommunen. Auch war davon die Rede, im Budget einen Betrag einzusetzen, um armen Eltern Schulhilfe für ihre begabten Kinder gewähren zu können. Das Material wird der Budgetkommission zur Berücksichtigung überwiesen. Zum Schluß wurde noch der Antrag der Mittelschullehrer über die Entschädigung der Kontraktlehrer, die an den Kommunalschulen wirken, beraten. Die Kommission stellte sich auf den Standpunkt, daß die Verordnung des Wojewodschaftsrates, die diese Frage regelt, auch für die Lehrer, die an den Kommunalschulen wirken, verbindlich ist.

Kiedron tritt zurück

Wie der „Expreß Poranny“ meldet, tritt der Generaldirektor der Königs- und Laurahütte, Minister a. D. Kiedron von seinem Posten zurück. Die Ursache des Rücktritts wird darin erblickt, daß sich zwischen Kiedron und der Berliner Zentrale des Unternehmens Meinungsverschiedenheiten ergeben haben.

Vor einer Aenderung des Mieterschutzgesetzes

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Ministerrat mit der Frage einer Aenderung des Gesetzes über den Mieterschutz. Die projektierten Aenderungen machen die Exmission von Mietern von Ein- und Zweizimmerwohnungen im Winter, d. h. von 1. November bis zum 1. April unmöglich. Außerdem sollen aus dem Mieterschutzgesetz Häuser ausgeschlossen werden, die von fremden Staaten für amtliche Zwecke erworben werden.

Polnische Sprachkurse der Volkshochschule

Wir bitten alle Teilnehmer, die sich für diese Kurse gemeldet haben, sich Sonnabend, den 7. März, 7 Uhr abends, im Reitzensteinsaal, Kattowitz, ul. Marjacka 17 (Hinterhaus, Parterre) zu einer Vorbesprechung einzufinden.

Beschlagnahmt

Spät, aber doch, erhielten wir die Bestätigung der Beschlagnahme des „Volkswille" und zwar der Nr. 50, wegen des Artikels „An die Arbeiterorganisationen in allen Ländern".

Kattowitz und Umgebung

Sonntagsdienst. Den Aerztedienst der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Groß-Kattowitz, versehen von Sonnabend nachmittags 2 Uhr bis Sonntag nachts 12 Uhr Dr. Bloch, ul. Marjacka 7, und Dr. Herlinger, ul. Pilsudskiego 27.

Königshütte und Umgebung

Weitere Wahlterrorakte vor Gericht.

Vor dem Königshütter Kreisgericht wurden gestern mehrere Verhandlungen geführt, die Gegenstand einiger Terrorakte aus der Vorwahlzeit in Eintrachthütte waren. Letztere richteten sich ganz besonders gegen einen gewissen August Miklitz aus der erwähnten Gemeinde. In der 1. Verhandlung waren die Aufständischen Johann Lisciok und Thomas Krzaczyk aus Eintrachthütte angeklagt. In der Mitternachtsstunde wurden dem M. die Fensterscheiben seiner Wohnung eingeschlagen und die Täter in den beiden Personen beschuldigt. Die als Zeugin vernommene Tochter Margarete gab an, einen den Täter und zwar den Angeklagten L. gesehen zu haben, während sie über seine Begleiter keine näheren Angaben machen konnte. Nach den Schilderungen erfolgte das Ausschlagen der Fensterscheiben mittels eines Ziegelsteines. Das Gericht verurteilte L. wegen Sachbeschädigung zu 3 Tagen Gefängnis, während der zweite Angeklagte freigesprochen wurde, da seine Mitschuld nicht erwiesen werden konnte. Der Staatsanwalt Dr. Karpinski legte gegen dieses Urteil Berufung ein, da er 3 Wochen Gefängnis beantragt hat.

In einem anderen Falle hatte sich ein gewisser Franz Kruppa wegen Bedrohung zu verantworten. Diesem wurde zur Last gelegt, mit einigen Aufständischen die Wohnung des Miklitz betreten und denselben mit dem Tode bedroht zu haben. Aus der Verhandlung ist zu entnehmen, daß am 11. November nach einer Schuleinweihung in Eintrachthütte der Angeklagte mit anderen Aufständischen im angeheiterten Zustande in der Wohnung des M. erschienen ist und nach dem Inhaber fragte. Nachdem die Ehefrau erklärte, daß ihr Mann sich im Dienst befindet, bemerkte einer der Eingedrungenen, daß M. in einigen Tagen eine Leiche sein werde, wenn er bald seine Gesinnung nicht wechseln werde. Daraufhin begaben sie sich nach dem Hüttengasthaus, wo M. als Feuerwehrmann zufällig seinen Dienst versehen hat. Man verlangte M. zu sprechen, dieser aber hatte sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Nach der Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt die Anklagerede und beantragte für den Angeklagten einen Monat Gefängnis. Der Einzelrichter ließ jedoch die Anklage wegen Bedrohung fallen, da die Zeugenaussagen nicht ergeben haben, daß K. die Drohungsworte ausgesprochen hat. Wegen den anderen Vergehen erhielt er eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen und Tragung der Gerichtskosten. m

Ersatzwahl eines Schulkommissionsmitgliedes. Durch die Niederlegung eines Mandats durch ein Schulkommissionsmitglied, ist Ersatzwahl eines neuen Mitgliedes für die evangelische Minderheitsschule notwendig geworden. Die Schulabteilung der Wojewodschaft hat die Neuwahl auf Mittwoch, den 11. März, vormittags von 10 bis 12 Uhr, angesetzt. Gewählt wird in der evangelischen Volksschule an der ulica Piotra. Wahlberechtigt sind alle Erziehungsberechtigten deren Kinder diese Schule besuchen. m.

Der Stadt vergibt Arbeiten. Der Magistrat benötigt für die Umzäunung eines städtischen Gartens am Redenberge einen Holzzaun. Angebote sind bis zum 12. März, vormittags 10 Uhr einzusenden, woran anschließend die Oeffnung derselben stattfindet. — In der Volksschule 7 sind verschiedene Ofensetzarbeiten zu vergeben, ferner in allen Schulen die Glaserarbeiten für das Jahr 1931. Die Oeffnung der Offerten erfolgt am 17. März, vormittags 9,45 Uhr im Stadtbauamt, Zimmer 134. Nähere Auskunft wird im Zimmer 128 erteilt. m.

Gegen die Erhaltung des Musikkonservatoriums

Die Budgetberatungen des Schlesischen Sejms — Kürzungen beim Museum — Um das Schulwesen der Wojewodschaft — Gegen die einseitige Behandlung der deutschen Schule

In der Donnerstagsitzung der Budgetkommission referierte Abg. Kowoll zunächst über den Etat des Nahrungsmitteluntersuchungsinstituts der Wojewodschaft, welcher angenommen wurde und dessen einzelne Position dadurch eine Veränderung erfahren hat, weil das Institut im Verlauf dieses Jahres von Pleß nach Kattowitz verlegt werden soll. Ueber die Anleihen und Schulden referierte Abgeordneter Hager, der darlegte, daß die amerikanische Anleihe für die Wojewodschaft sehr kostspielig war, wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß sie ihren Zweck der Investition nur zu 75 Prozent erfüllt habe, denn die

Unkosten haben nicht weniger, als 2½ Millionen Dollar

betragen. Der Etatstitel wurde angenommen. Ueber die Verwaltung der Häuser, die der Wojewodschaft gehören, referierte Abg. Dr. Glücksmann, der auf verschiedene Mängel hinwies, die sich herausgestellt haben. Besonders die Besitzverhältnisse der sogenannten Flüchtlingsbauten seien unklar und die Verwaltungskosten zu hoch, so daß eine

Streichung von etwa 40 000 Zloty

vorgenommen wurde.

Ueber das Musikkonservatorium kam keine Einigung zustande. Abg. Kowoll war der Ansicht,

daß das Institut in dieser schweren Zeit überhaupt nicht aufrecht erhalten

werden könne, aber mit Rücksicht auf die bindenden Verträge ein Ausweg gesucht werden müßte. Die Regierungsvertreter versuchten, die Notwendigkeit des Konservatoriums nachzuweisen, konnten die Kommission indessen nicht überzeugen. In der Debatte sprachen die Abg. Kendzior, Dr. Glücksmann, Wieczorek, Krafczyk und Chmielewski. Schließlich wurde die Frage vertagt und die Regierungsvertreter beauftragten bis zur zweiten Lösung solche Vorschläge zu unterbreiten, die eine fünfzigprozentige Reduzierung des Etats ermöglichen Auch beim Museum versuchten die Wojewodschaftsvertreter, die hohen Ausgaben zu rechtfertigen. Abg. Kowoll der hierzu referierte, schlug die Annahme des Etatstitels mit einer Kürzung von 100 000 Zloty vor, die Kommission einigte sich auf eine

Reduzierung von 65 000 Zloty.

Der Haushalt der Wojewodschaftsdruckerei, der einen Ueberschuß von 32 000 Zloty aufweist, und über den der Abg. Kowoll referierte, wurde angenommen.

Eine ausführliche Debatte entwickelte sich beim Eintritt über die

Beratungen des Schulwesens.

Die Uebersicht über die Lage und Zahl der Schulen gab der Abg Dombrowski vom Regierungsblock, worauf Abg. Krafczyk vom Korfantyklub auf die Tatsache hinwies, daß es noch immer nicht gelungen ist,

zwischen Lehrern und Eltern ein einträgliches Verhältnis

zu schaffen und daß dies ein Fehler für die Erziehung sei. Er verwies auf die Tatsache, daß die Lehrer auch politisch schikaniert werden und forderte die

Einstellung des Mißbrauchs der Lehrer bei der Wahlagitation.

Alte Sünden wolle er nicht aufdecken, doch wünsche er, daß die einseitige Politisierung der Lehrer aufhöre, im Interesse der Allgemeinheit.

Abg. Dr. Glücksmann legte eingehend dar, unter welchen Bedingungen die deutsche Arbeiterschaft, besonders des Bielitzer Gebiets, im Schulwesen zu leiden habe. Er kam auf die Vorfälle im Bielitzer Arbeiterheim zurück, wo unter Führung von Lehrern ein

Vortrag des Abg. Kowoll über Schulfragen verhindert wurde, da die Intelligenz die Führung über besoffene Banden übernahm.

Dr. Glücksmann wandte sich dann gegen die Schulbeschreibungen, forderte die Zurückziehung der rechtlich ungültigen Verordnung, ging dann auf die einseitige Subvention des polnischen Schulwesens über und berührte auch die Frage der Bielitzer Gewerbeschule, forderte auch den Neubau einer polnischen Schule in Czechowicz, da die dortigen Verhältnisse geradezu katastophal wären. Beim Schulwesen müsse die

einträgliche Zusammenarbeit

erwiesen werden und er hoffe, daß die Wojewodschaftsvertreter in dieser Richtung wirken werden.

Der Leiter der Wojewodschaftsschulen, Dr. Rengorowicz, wandte sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Krafczyk und versuchte auch die Ausführungen Dr. Glücksmanns zu widerlegen. Er forderte die Zurücknahme des Vorwurfs, daß die Lehrer in Bielitz besoffene Banden führten, was seitens des Abg. Kowoll entschieden abgelehnt wurde. Auch die Schulbeschreibungen seien nicht so schlimm, für die Czechowiczer Schule werde gesorgt.

Hierauf sprach noch der Vertreter der Sanatoren und äußerte Wünsche, bezüglich der Entschädigung der Lehrer, besprach auch verschiedene Reformen. Die Sitzung wurde dann auf Freitag nachmittags vertagt.

Ein feiner Sohn. Frau L. von der ulica Kordeckiego hatte mit ihrem Sohn einen Auftritt. Während dem Wortwechsel ergriff derselbe einen Gegenstand und brachte seiner Mutter mehrere Kopfverletzungen bei. Der rabiate Sohn wurde zur Anzeige gebracht. m.

Verschiedene Diebstähle. Aus der Wohnung des Photographen J. an der ulica 3-go Maja 15 entwendete ein Unbekannter einen Apparat im Werte von 200 Zloty. In einem anderen Falle brachte bei der Polizei Kaufmann Abraham Reisfeld von der ulica 3-go Maja 110 seinen Kutscher zur Anzeige, weil er ihm 200 Kilogramm Käse veruntreut hat. m.

Ein „Stahlhelmmitglied" zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Vor einigen Monaten rühmte sich ein gewisser Karl M. vor dem Polizeidiener G., Mitglied einer Stahlhelmorganisation zu sein. Auf Grund dessen erstattete G. bei der Behörde eine Anzeige, worauf M. verhaftet worden ist. Hierbei wurde bei ihm eine Photographie gefunden, auf der M. mit fünf anderen Stahlhelmmitgliedern abgenommen war. M. stellte in der gestrigen Gerichtsverhandlung die Mitgliedschaft im Stahlhelm in Abrede und will mit der Person auf dem Bilde nichts gemein haben. Außerdem versuchte der Angeklagte den Schuldbeweis damit zu entlasten, daß er bereits seit dem Jahre 1927 nicht mehr im Besitz einer Verkehrskarte gewesen ist. Das Gericht jedoch glaubte den Angeklagten auf der Photographie wiederzuerkennen. Ein Offizier der als Sachverständiger geladen war, gab über die Bedeutung und Ziele des Stahlhelms unter Ausschluß der Oeffentlichkeit bekannt. Daraufhin erkannte das Gricht den M. als Schuldig und verurteilte ihm zu 12 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Angeklagte betonte bis zum Ende der Verhandlung, niemals einer solchen Organisation angehört zu haben und sich nur vor dem Polizeidiener als solches Mitglied gerühmt zu haben. m.

Siemianowitz

Reduzierung und ihre Folgen.

Alles muß einmal ein Ende nehmen gleichviel ob ein gutes oder böses. Von den andauernden Reduzierungen in den Betrieben, kann man schon von vornherein behaupten, daß dies ein böses Ende nehmen muß. Unaufschiebbare Arbeiten sind entweder auszuführen, oder sie bleiben liegen, falls es an Arbeitskräften mangelt. Liegengebliebene Arbeiten gefährden die Sicherheit der Belegschaft.

So muß ein Fachmann staunen, wenn er im Schacht I der Richterschächte von der 320 Meter- nach der 208 Meter-Sohle herauflettert und kurz vor der Klappe feststellen muß, daß dort die letzten zwei Fahrten fehlen Es bleibt ihm dann natürlich nichts anderes übrig, als denselben Weg wieder herunterzusteigen. Er kann noch von besonderem Glück reden, wenn nicht eine der verfaulten Leitern unter ihm zusammenbricht, oder wenn er nicht in den Förderturm stürzt, denn die Vertonnung gegen den Fahrschacht fehlt dort natürlich auch. Sie wäre sonst wohl da, aber die Schachtzimmerhäuer, welche diese Arbeiten sonst ausgeführt haben, sind eben nicht mehr da. Dies schadet natürlich solange nichts, solange es einem Arbeiter nicht den Kopf abreißt. Ist aber eine Fahrung verboten, so muß dies durch eine Warnungstafel kenntlich gemacht werden, oder die unterste Leiter in der Fahrung wird entfernt, damit Niemand in Versuchung fällt, den Schacht heraufzuklettern, um womöglich im Spital zu landen.

Im einem bereits durch Unfälle bekannten Felde, rennt ein Füller mit dem Kasten gegen einen Stempel, die Strecke bricht zusammen und drei Mann werden abgeschlossen, glücklicherweise ohne schweren Unfall. Die Strecke mußte zusammenbrechen, da die Zimmerung durchweg verfault ist, weil eben die Arbeits-

Das Gesetz der Vier

The Law of the Four Just Men

Von Edgar Wallace.

Ins Deutsche übertragen von Ravi Ravendro.

54)

Sie ging zu einem Schreibtisch, schloß eine Schublade auf und kam mit einem starken Briefbogen zurück. Das Papier war von der besten Qualität, und die Schrift sah wie gestochen aus.

„Sie werden uns am 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember je eintausend Pfund senden. Das Geld muß in Banknoten geschickt werden und zwar an die Adresse von H. Frascati, p. Adr. J. Jones, 194 Notting Hill Crescent. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so wird es Sie viel mehr kosten, Ihren Sohn zurückzuerhalten."

Gonsalez hielt das Papier gegen das Licht und trug es ans Fenster, um es besser betrachten zu können.

„Ja, ich dachte es mir schon", sagte er, als er den Brief zurückgab. „Es wird äußerst schwer sein, den Schreiber dieser Zeilen festzustellen. Da nützen die besten Methoden nichts."

„Ich fürchte, Sie wissen auch keinen Rat." Die Gräfin schüttelte traurig den Kopf, als sich die Freunde erhoben, um sich zu verabschieden.

Sie hatte diese Worte an Manfred gerichtet, aber Gonsalez antwortete ihr.

„Ich kann Ihnen nur raten, Frau Gräfin, sich sofort mit uns in Verbindung zu setzen, wenn Ihr Sohn verschwinden sollte."

„Mein lieber Manfred, ich bin ganz sicher, daß dieser junge Graf Philipp entführt wird", sagte Leon, als sie wieder auf der Straße waren. „Ich werde jetzt ein Auto nehmen und in den Außenbezirken Londons nach meiner Villa suchen."

„Ist das dein Ernst?"

„Ich habe noch niemals eine Sache ernster genommen", erwiderte Leon trocken. „Ich werde zeitig zum Essen zurück sein."

Aber er kam erst um acht Uhr, eine Stunde später, zur Jermyn Street zurück und eilte in das Wohnzimmer.

„Ich habe" — begann er. Als er aber Manfreds Gesicht sah, unterbrach er sich sofort. „Haben sie den Jungen schon geraubt?"

Manfred nickte.

„Vor einer Stunde wurde es mir durch Telephon mitgeteilt."

Leon pfiff vor sich hin.

„Das ist allerdings sehr schnell gegangen", sagte er zu sich selbst. Wie ist es denn gekommen?"

„Mr. Fare war schon hier Er ging fort, kurz bevor du kamst. Die Entführung war lächerlich leicht. Gleich nachdem wir das Haus der Gräfin verließen, fuhr die Gouvernante mit dem Jungen im Auto aus. Sie nahmen ihren üblichen Weg durch Hampstead Heath hinaus ins Freie. Gewöhnlich fuhren sie einige Meilen durch die Heide in der Richtung nach Beacon's Hill und kehrten dann um."

„Daß sie jeden Tag denselben Weg machten, war aber auch heller Wahnsinn — aber entschuldige, daß ich dich unterbrochen habe"

„Der Wagen der Gräfin wendet immer an derselben Stelle um", erklärte Manfred, „und diese Tatsache war natürlich den Entführern genau bekannt. Die Straße ist an der Stelle nicht besonders breit und mit einem großen Rolls Royce dort zu wenden, erfordert schon einiges Hin- und Hermanövrieren. Der Chauffeur war gerade damit beschäftigt, als ein Radler an ihn heranfuhr und ihm eine Pistole unter die Nase hielt. Zu gleicher Zeit erschienen plötzlich von irgendwoher zwei andere Männer, rissen die Tür des Wagens auf, nahmen den Revolver weg, den die Gouvernante trug, und brachten den schreienden Knaben zu einem anderen Auto. Der Chauffeur der Gräfin hatte den Wagen vorher an der Seite der Straße stehen sehen, aber keinen Verdacht geschöpft."

„Haben sie die Gesichter der Männer sehen können?"

Manfred schüttelte den Kopf.

„Sie trugen diese billigen Theaterbärte, die man für weniges Geld in jedem Spielwarenladen kaufen kann. Außerdem hatten sie Autobrillen. Ich wollte gerade zur Gräfin gehen, als du kamst. Wenn du gegessen hast, Leon, wollen wir —"

„Ich esse heute abend nicht," erwiderte Leon schnell.

Auch Mr. Fare war bei der Gräfin, als sie bei ihr vorsprachen. Er bemühte sich vergeblich, die verzweifelte Mutter zu beruhigen und begrüßte die Ankunft der Freunde mit großer Erleichterung.

„Kann ich den Brief sehen?" fragte Leon sofort.

„Welchen Brief meinen Sie?"

„Den Brief, in dem die Entführer ihre Bedingungen und die Höhe des Lösegeldes mitteilen."

„Er ist bis jetzt noch nicht angekommen", sagte Mr. Fare leise. „Glauben Sie, daß es Ihnen gelingen wird, die Gräfin zu beruhigen? Sie ist nahe am Zusammenbrechen."

Gräfin Vinci lag totenblaß und mit geschlossenen Augen auf einem Sofa. Zwei Mädchen bemühten sich, sie wieder zum Bewußtsein zu bringen. Als Manfred zu sprechen begann, öffnete sie die Augen und schaute ihn an.

„Mein Kind, mein Kind!" schluchzte sie und rang die Hände. „Bringen Sie mir meinen Sohn wieder — ich will alles zahlen, was die Leute haben wollen, alles! Nur meinen Sohn muß ich wiederhaben!"

Der Hausmeister trat ein und brachte einen Brief auf einem Tablett.

Sie sprang auf, aber sie wäre beinahe umgesunken, wenn Manfred sie nicht gestützt hätte.

„Das ist von — ihnen!" rief sie und riß das Schreiben mit zitternden Fingern auf.

Diesmal war der Inhalt etwas länger.

(Fortsetzung folgt.)

kräfte fehlen, um Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen. Die Arbeiter gehen stempeln oder sitzen verkümmert im Lunapark.

So wird leichtsinnig mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter gespielt nur um „Norma“ zu erhalten und natürlich auch eine gute Tantieme. Die Bergbehörde aber kommt, sieht, geht und schweigt.

Aus der Bewegung der Arbeitersportler. Im Vereinslokal Kozdon hielt der „Freie Sportverein“ eine Mitgliederversammlung ab, die gut besucht und deren Verlauf sehr interessant war. Nach der Protokollverlesung gab der Versammlungsleiter bekannt, daß das Mitglied N. wegen unsportlichen Benehmens aus dem Verein ausgeschlossen ist. Daraufhin erstatteten die einzelnen Abteilungsleiter den Monatsbericht, die auch den Arbeitsplan für die nächste Zeit der Versammlung vorlegten. Für den Sportinstrukteurkursus wurden die Sportsfreunde Bohn, Brisch, Jarczyk und Nowak bestimmt. Den übrigen Teil der mehrstündigen Versammlung füllte die Behandlung des Faltbootsportes, die Aufklärung über die Sommerwanderungen und andere Vereinsfragen aus. Anschließend fand ein Kommersabend statt, während welchem die Vereinsmusik und Humoristen für gemütliche Unterhaltung sorgten. s.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch, den 11. März, nachmittags um 4 Uhr, im Restaurant Bialas, Mitgliederversammlung.

Bismarckhütte. (Das rote Wien.) Am Montag hielt der Genosse Siegert im Lokal des Arbeiterkasino einen Vortrag über „Das alte und das neue Wien“, unter zu Hilfenahme von Lichtbildern. Aus den Ausführungen, die sehr interessant waren, konnte ersehen werden, daß eine Stadt, die von den Sozialisten verwaltet wird, eine weit bessere Wirtschaft zu verzeichnen hat, als die anderen Städte. Besonders können es die Arbeiter feststellen, die in Wien wohnen und denen die elenden Verhältnisse, welche wir zu verspüren haben, keine Last mehr bilden. Wollen wir dasselbe erstreben, so müssen wir kämpfen, damit bald der Tag eintreten wird, an welchem das Programm des Sozialismus auch bei uns Tat wird.

Hohenlinde. (Bestätigte Steuern.) Nach einem Beschluß der Gemeindevertretung und Bestätigung des Kreisausschusses für den Landkreis Schwientochlowitz, werden für das Rechnungsjahr 1931-32 als Kommunalzuschlag zur staatlichen Grundsteuer 100 Prozent erhoben. Die Gebäudesteuer beträgt pro Mille 5 Prozent.

Groß-Piekar. (2000 Zloty Brandschaden.) Auf dem Bodenraum des Restaurateurs Johann Knop brach infolge eines Schornsteindefekts Feuer aus. Das Dach wurde zum Teil vernichtet. Die Feuerwehr lokalisierte den Brand. Der Schaden wird auf 2000 Zloty beziffert. z.

Schlesiengrube. (Aus der Partei.) In einer gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Genosse Kowoll über die Wirtschaftskrise und die Aufgaben der Partei. Referent schilderte zunächst die weltpolitische Lage, die eben die Arbeitslosigkeit nach sich zog. Sie ist nur zu beseitigen, wenn man sich auch in bürgerlichen Kreisen entschließt, zur sozialistischen Wirtschaftsweise überzugehen. Wer diese Krise des Kapitalismus, denn um eine solche handelt es sich in Wirklichkeit und nicht um eine Wirtschaftskrise im allgemeinen, der muß sich zum Sozialismus bekennen. Denn es spielt heute nicht die Frage mehr eine Rolle, wie lange die Arbeitszeit sein soll, sondern die Tatsache, nach Auswegen zu suchen, jedem Arbeit einmal im Jahre zu gewähren, die zur Beschäftigung aller Arbeitslosen führt, weil es unmöglich ist, daß ein Teil der Arbeiterklasse ausgebeutet werden soll, damit ein anderer arbeitslos dastehe. Aber die Entwicklung der Dinge habe gezeigt, daß der viel gerühmte Privatkapitalismus in der Sackgasse stehe und nicht heraus kann. Wieder ist es die sozialistische Arbeiterinternationale und die Gewerkschaften, die hier eingegriffen haben und das Problem der Lösung näher bringen wollen. Die Forderung nach einer Fünftagearbeitswoche ist nur eine Zwischenlösung. Redner besprach dann die Entwicklung des Faschismus in Polen und Deutschland und forderte die Arbeiterklasse auf, bei ihren Handlungen nicht Objektiv des Magens zu werden, Politik könne nur mit dem Gehirn geleitet werden. Er wandte sich scharf gegen die kommunistische Zersetzungsarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung und schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, daß nur der ein Recht habe, sich zu beschweren, der gewillt ist, an der Lösung der Fragen mitzuarbeiten. Wer noch heute dem Nationalismus nachläuft und seine Presse unterstützt, der hat das Recht verloren, sich zu beschweren. — In der Diskussion sprachen einige Genossen im zustimmenden Sinne. Nach Beantwortung verschiedener Fragen wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Sozialismus geschlossen.

Pleß und Umgebung

Mißbrauch des Betriebsrätcrechts.

Powołując się na art. 11. ustawy prasowej o umieszczenie poniżej podanego sprostowania odnośnie do art. nr. 40. z dnia 19-go lutego 1931 r. pod tytułem „Missbrauch des Betriebsräterechts“.

Nieprawdą jest, jakoby Wydział Wspólnej Rady zakładowej kopalń Książęco-Pszczyńskich, członkowie Zjednoczenia Zawodowego Polskiego, na posiedzeniu z dyrektorem kopalń wypowiadali się za obniżeniem zarobku o 20 proc., o ile kopalnie: Szczęście Henryka, oraz kopalnia Książe, nie będą unieruchomione.

Prawda jest, że wymienieni nie uważają się za kompetentnych do uchwalenia wzgl. omówienia spraw zarobkowych objętych taryfą, do czego są inne czynniki miarodajne.

Nieprawdą jest, jakoby pomiędzy innemi członkami Wydziału Rady Wspólnej znajdował się zastępca gminy „Wiry“. Prawdą jest, że taka miejscowość się w obrębie kopalń Pszczyńskich nie znajduje.

Nieprawda jest jakoby tenże sam członek był zarazem naczelnikiem gminy „Wielkopole“, który może znieść taką obniżkę zarobków.

Prawdą jest, że miejscowość „Wielkopole“ również w obrębie kopalń Pszczyńskich się nie znajduje.

Prawdą taksamo jest, że członkiem Wydziału Wspólnej Rady zakładowej jest naczelnik gminy „Wilkowyje“, który Urząd ten sprawuje honorowo.

Nieprawdą jest, jakoby zarząd kopalń przesłał odnośne pismo do Rad zkładowych w rachubę wchodzących kopalń. Zaś Rady te przeciw postępowaniu takiemu Wydziału Rady Wspólnej zaprotestowały, względnie zażądały ustąpienia tegóż Wydziału.

Prawdą jest, że odnośne Rady żadnego pisma w powyższej sprawie nie otrzymały, wzgl. też żadnego protestu nie wniosły, oraz ustąpienia Wydziału Rady Wspólnej nie zażądały.

(—) Bojdol sekretarz — (—) Haliński przewodniczący

Spólna Rada Załogowa
kopalń księcia pszczyńskiego
Mokry
przewodniczący.

Emanuelssegen. (Die Gemeindeväterchen beschließen.) Am Dienstag fand in der Schule 2 eine kurze Gemeindevertretersitzung statt. Die Presseberichte über die Gemeindewirtschaft und den Bestechungsskandal des Senators Pawlik Kozyra sind den Herren von der moralischen Sanierung sehr unangenehm, 5 Sanacjavertreter erschienen nicht. Den Fall Kozyra wird das Landratsamt erledigen. Um 5 Uhr 15 Min. eröffnete der Vorsitzende Janas die Sitzung. Für den Schulneubau wurden 15 000 Zloty bewilligt, weil die Wojewodschaftsgelder hierzu ausbleiben. Der Ankauf von krebsfreien Saatkartoffeln wurde genehmigt. Auf den bereits vom Kartoffelkrebs befallenen Feldern dürfen 12 Jahre lang keine Kartoffeln gepflanzt werden. Angenommen wurde das neue Meldegesetz. (Bekanntlich wurde die Inkraftsetzung desselben um 1 Jahr verschoben.) Der Gemeindevorsteher Janas gab zur Kenntnis, daß man sich von jetzt ab in der Gemeinde Ems ansässig machen kann, da der Fürst von Pleß angeblich gezwungen (!) werden kann, Grundstücke zu verkaufen? Bestellungen auf Bauplätze sind beim Gemeindevorsteher Janas anzugeben. (Damit die Parzellierung nicht so ausfällt, wie seinerzeit die der Miodawawiesen seitens der Plebiszitagitatoren.) Die Gehaltserhöhung des Schuldieners Pilot und der Antrag des Wojewodschaftsingenieurs Machniewski, der nebenamtlich hierorts als Schulbauleiter fungiert, um Erhöhung seiner bisherigen Entschädigung wurde in geheimer Sitzung erledigt

Der rote Hahn. Auf bisher nicht geklärte Weise brach in der Scheune des Peter Brzoska Feuer aus. Die Scheune und dort untergebrachte landwirtschaftliche Geräte, sowie Vorräte wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden beträgt 4000 Zloty. — Vom Feuer eingeäschert worden ist ferner die hölzerne Scheune des Landwirts Paul Swadzba in der Ortschaft Gostyn Es verbrannten auch dort Stroh- und Heuvorräte. Es handelt sich um einen Schaden von 800 Zloty. Auch in diesem Falle steht die eigentliche Brandursache noch nicht fest. z.

Die Budgetsitzung der Myslowitzer Stadtrada

Große Redelust der Myslowitzer „Stadtväter“ — Rückgang der Stadteinnahmen — Erhöhung der Kinosteuer — Herabsetzung der Ausgaben um 300000 Zl — Realitätensteuer wird nicht erhöht Antrag auf Schließung der Kommunalschule — Arbeitslosenbeihilfe anläßlich des Plebiszitjubiläums

Seit vielen Jahren hat eine Sitzung der Stadtrada keine drei Stunden lang gedauert, wie das gestern der Fall war. Man war immer mit den Beratungen in einer Stunde fertig gewesen und selten dauerte eine Sitzung zwei Stunden. Die gestrige Sitzung dauerte annähernd drei Stunden. Das ist diesem Umstande zuzuschreiben, daß der neue Stadtverordnetenvorsteher, der sich bemüht, die Sitzungen ganz korrekt zu leiten, noch nicht eingearbeitet ist. Schließlich war das eine Budgetsitzung, und die „Stadtväter“ legten eine große Redelust zur Schau. Ein jeder wollte zeigen daß er um das Wohl der Bürger besorgt ist und stellte entsprechende Anträge.

Die finanzielle Lage der Myslowitzer Stadtgemeinde ist nicht besser als aller übrigen Gemeinden. Die Einnahmen gehen zurück, dafür aber steigen die Ausgaben. Die Not wird mit jedem Tag größer und die Gemeinde muß helfen. Sie kann aber nicht helfen weil die Mittel nicht reichen wollen. Die Steuereinnahmen gehen zurück und die anderen Einnahmen selbstverständlich auch. Das ist eben das Zeichen der Wirtschaftskrise.

Der Bürgermeister hat in seiner Budgetrede darauf hingewiesen, daß mit geringen Ausnahmen kein einziger Einnahmeposten ganz sicher ist. Man hat die Ausgaben um 300 000 Zloty im Vergleich zum Vorjahre abgebaut und muß neue Einnahmequellen schaffen. Der Magistrat schlägt daher vor, die Kinosteuer von 10 auf 20 bezw. 30 Prozent zu erhöhen. Weiter will der Magistrat den Kommunalbeamten die Steuerbegünstigung, die 3 Prozent betrug, streichen. Auch sonst bemüht man sich, alle anderen Ausgaben tunlichst zu beschneiden. Die P. P. S. will dem Magistrat helfen und beantragt, die Kommunalschule, zu der der Magistrat jährlich gegen 80 000 Zloty zuzahlen muß, zu liquidieren. Wenn wir auch die Notlage der Gemeinden zu würdigen wissen, so müssen wir uns entschieden gegen die Liquidierung von Schulen wenden. Eine Kommunalschule hat dem Sozialismus noch keinen Schaden zugefügt und es muß es entschieden abgelehnt werden, bereits bestehende Schulen zu liquidieren. Für die Salesianer wurden im Budget 25 000 Zloty eingesetzt und für Kirchenrenovierungen hat man Geld ebenfalls übrig, weshalb wir nicht einsehen können, daß die einzigste Kommunalschule aufgelassen werden soll.

Es ist noch eine Sache, die nicht unwidersprochen bleiben kann. Der Herr Bürgermeister hat darauf hingewiesen, daß die Kommunalbetriebe sehr hohe Beträge an die Hauptverwaltung abgeben müssen, weshalb sie vernachlässigt werden. Die Steuern decken nur 28 Prozent der Ausgaben. Wir standen schon immer auf dem Standpunkte, daß die Kommunen sich besondere Einnahmsquellen verschaffen müssen, um nicht für die Dauer lediglich auf die Steuereinnahmen angewiesen zu sein. Die Stadt Myslowitz hat das größte Kommunalunternehmen in der Wojewodschaft — die „Centralna Targowica“. Sie hat uns 8 Millionen Zloty gekostet und es wäre wirklich traurig, wenn dieses kostbare Unternehmen nichts einbringen sollte. Alle Kommunalbetriebe, einschließlich der Targowica, sollen zusammen 725 731 Zloty einbringen Auf die Targowica entfallen 500 000 Zloty, und das ist wirklich nicht viel.

Verhandlungsbericht

Die Tagesordnung umfaßt 10 Punkte. Drei Dringlichkeitsanträge sind eingelaufen, und zwar 2 vom Magistrat und 1 Antrag vom P. P. S.-Klub. Sie wurden genehmigt.

Nach der Wahl eines neuen Mitgliedes in das Kollegium der Kommunalsparkasse, begründet Bürgermeister Karczewski das

Budgetpräliminar 1931/32.

Der Bürgermeister sagte, daß die Ausgaben in alter Höhe nicht mehr möglich sind und reduziert werden müssen. In der Bauabteilung werden Reduktionen durchgeführt werden müssen. Die Kinosteuer muß erhöht und die 3 Prozent der Kommunalabgaben, die den Beamten nachgesehen wurden, gestrichen werden. Der Bürgermeister polemisiert gegen einen Zeitungsartikel, der die

Prozeßlust der Stadt kritisiert.

Die Stadt besitzt 250 Mieter und da lassen sich Prozesse nicht vermeiden. Von den 78 Prozessen, die hier geführt werden, hat die Stadt bereits 60 gewonnen und nur 2 verloren. Mit den Beamten werden auch Prozesse geführt und 1 Prozent hat die Stadt verlassen. Doch trifft die Stadt keine Schuld, weil hier die Wojewodschaftsrevisionskommission solche Weisungen gegeben hat. Ein weiterer Prozeß war unvermeidlich. Es handelt sich um eine Enteignung der Realität eines gewissen „Obersten“ Chrobok auf dem Alten Markt. Dort steht ein baufälliges Haus, ein mittelalterliches Ueberbleibsel. Die Stadt gibt dafür 60 000 Zloty, Chrobok verlangt für die

baufällige Bude 550 000 Zloty.

Das Stadtvermögen ist absolut belastet und die Stadt kann keine weiteren Hypothekaranleihen aufnehmen, weshalb neue Investitionen vorläufig im großen Stil nicht durchgeführt werden können. Zuletzt sagte der Bürgermeister, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Stadt ein Monatsbudget aufstellen wird, weil eventuelle Defizite vermieden werden müssen.

Dann wurde

das neue Budgetpräliminar

verlesen. Die ordentlichen Einnahmen wurden mit dem Betrage von 1 862 163 Zloty ausgewiesen. Anleihen und Subventionen sollen 2 532 0000 Zloty einbringen. Die Kommunalbetriebe wurden mit 725 731 Zloty eingesetzt. Die ordentlichen Ausgaben sind mit 1 286 982 Zloty eingesetzt, die Ausgaben der Kommunalbetriebe mit 1 286 482 Zloty und die außerordentlichen Ausgaben mit 2 532 000 Zloty eingesetzt.

Im großen und ganzen sind alle Klubs mit dem Budgetpräliminar einverstanden. Der Antrag der Sanacja, aus dem Armenfonds 5000 Zloty für Kriegsinvaliden einzusetzen, wird nach langer Debatte abgelehnt. Die Kinosteuer wird mit dem Zusatzantrag der P. P. S., daß die billigsten Plätze nicht mit der Steuer zu belasten sind, um 30 Prozent in der Winterszeit und 20 Prozent im Sommer angenommen. Der Antrag der P. P. S., das Mädchengymnasium zu liquidieren, wurde nach einer langen und heißen Debatte gegen die Stimmen der P. P. S. abgelehnt. Zuletzt wurde das Präliminar unverändert angenommen, nachdem der Antrag der P. P. S., den Betrag von 5000 Zloty für Sportvereine um 3000 Zloty zu kürzen, abgelehnt wurde. Ein weiterer Antrag der P. P. S., **die Realitätensteuer von 4 auf 5 Prozent pro Mille zu erhöhen**, wurde ebenfalls abgelehnt.

Ein Antrag der P. P. S., den Arbeitslosen eine besondere Zuwendung anläßlich des Plebiszitjubiläums zu gewähren, wurde angenommen. Die Höhe des Betrages wird der Magistrat bestimmen. Weiter wurden noch einige kleinere Vorlagen erledigt, die an die vertrauliche Sitzung überwiesen wurden.

Nikolai. (Im Zugabteil bestohlen.) Auf der Eisenbahnstrecke Ligota-Nikolai wurde der Lehrerin Sofie N. ein Damen-Handtäschchen aus dunkelblau lackiertem Leder gestohlen. In dem Handtäschchen befand sich eine Verkehrskarte, sowie ein Ausweis der Schulbehörde, ferner eine Damenuhr mit Anhängsel auf schwarzem Seidenband, sowie verschiedene kleine Gebrauchsgegenstände. z.

Deutsch-Oberschlesien

Oberschlesien im Frühjahrsluftverkehr.

Als Uebergang zu dem Sommerluftverkehr ist auch im oberschlesischen Luftverkehr der Frühjahrsflugplan mit dem 1. März in Kraft getreten und hat bis zum 30. April Gültigkeit. Hiernach findet der Flugverkehr auf der Linie Gleiwitz-Breslau-Berlin und zurück nach folgendem Plane statt:

6,35 Uhr ab Gleiwitz an 17,20 Uhr.
7,35 Uhr an Breslau ab 16,20 Uhr.
7,45 Uhr ab Breslau an 16,10 Uhr.
9,55 Uhr an Berlin ab 14,— Uhr.

In Breslau sind Anschlüsse an die Flugverbindung nach Halle, Leipzig, Köln, Süddeutschland, Warschau, Prag, Wien und weiter nach Budapest, Belgrad, Sofia, Konstantinopel, vorhanden. In Berlin bestehen Anschlüsse an die Flugverbindung nach Hamburg, Lübeck, Kopenhagen, Malmö, ferner nach Danzig, Königsberg, Amsterdam, Paris und an andere ausländische Verbindungen.

Durch den Start in Gleiwitz um 6,35 Uhr sind fast sämtliche größeren Städte Deutschlands, sowie die Hauptstädte des Auslandes in einem Tage zu erreichen. So trifft z. B. das Flugzeug in Köln um 13.40 Uhr, in Warschau um 14.05, in Prag um 12.40, in Wien 16,10 Uhr, in München um 17,05 Uhr ein. Kopenhagen erreicht man bereits um 16,15 Uhr. Um dieselbe Zeit landet man in Paris.

Die Flugpreise für die von Oberschlesien ausgehenden Linien sind dieselben wie im vergangenen Jahre geblieben und den Eisenbahnfahrkarten D-Zug II. Klasse angepaßt. Es beträgt also der Flugpreis

Von Gleiwitz nach Breslau 16 Rmk.
Von Gleiwitz nach Berlin 39 Rmk.

In diesem Jahre ist auch auf sämtlichen anderen deutschen Linien eine erhebliche Preissenkung eingetreten.

Neben dem Passagierverkehr werden auch mit sämtlichen Maschinen Luftpostsendungen jeder Art, einschließlich Luftpostpakete, befördert und wird in Anbetracht der schnellen Beförderung und der günstigen Anschlüsse nach allen Richtungen hin die Benutzung dieser Einrichtung sehr empfohlen.

Das Zubringerauto fährt in Gleiwitz nach, wie vor, 25 Minuten vor dem Start vor dem Haus Oberschlesien ab.

Bielitz und Umgebung

Militärbefreiungsschwindel vor Gericht.

Wie erinnerlich, wurde voriges Jahr versucht, den Militärarzt durch Bestechung zu veranlassen, taugliche Rekruten aus gewissen Kreisen als untauglich zu erklären, in Bielitz viel Staub aufgewirbelt. Der Militärarzt Dr. Malkiewicz aus Niepolomice wurde im Mai vorigen Jahres in die Assentierungskommission nach Bielitz delegiert. Vor seiner Abfahrt nach Bielitz meldeten sich bei ihm mehrere Mittelspersonen, die mit ihm eine wichtige Besprechung wünschen. Aus den Reden entnahm der Militärarzt, daß man ihn dazu bewegen wollte, taugliche Männer auf illegale Weise vom Militärdienst zu befreien. Der Militärarzt verständigte davon seine vorgesetzte Behörde in Krakau und fuhr dann nach Bielitz, wo er in einem Hotel Quartier nahm. Hier meldeten sich wieder etliche Interessenten, welche ihm einen Geldbetrag von zusammen 8000 Zloty hinterlegten. Der Militärarzt stellte sich zum Schein so, als würde er auf die Proposition der Mittelspersonen eingehen, erstattete aber bei Gericht die Anzeige, worauf etliche Verdächtige verhaftet wurden. Diese Verhafteten wurden aber nach Hinterlegung einer Kaution aus dem Untersuchungsgefängnis wieder entlassen.

In dieser Angelegenheit fand beim hiesigen Bezirksgericht eine Verhandlung statt. Auf der Anklagebank saßen etliche Bielitzer Bürger. Das Bezirksgericht verurteilte nach Anhörung des Hauptzeugen Dr. Malkiewicz, die Angeklagten Israel Rappaport, Kornfeld, Heinrich Heirberg, Jose Stelma, Pauline Kreml auf drei Wochen Gefängnis mit einjähriger Bewährungsfrist. Dem Hauptangeklagten Israel Kornfeld wurde die Bewährungsfrist nicht gewährt. Der Rest der Angeklagten Paul Kornfeld, Abraham Ehrenberg, Benjamin Frenkel und noch andere, wurden freigesprochen.

Die Geldmenschen wollen sich von jeder Unannehmlichkeit loskaufen, der arme Prolet muß aber alle Lasten auf sich nehmen. Es ist dann keine Kunst für Kriege zu hetzen, wenn man sich selbst vor dem Kriegsdienste drückt, und andere arme Teufel, die Knochen zu Markte tragen müssen. Wenn diese Herren sich vor dem Militärdienst kneifen, dann mögen sie mit den internationalen Sozialisten gemeinsam für den Abbau des Militarismus in allen Staaten eintreten.

Die nächste Schwurgerichtsperiode. Für die in diesem Monat stattfindende Schwurgerichtsperiode, in der einige Raubanfälle zur Verhandlung gelangen, sind als Geschworene folgende Herren ausgelost worden. Aus Teschen: Herman Lewinski, Eduard Kuczera; aus Bielitz: Erwin Taksler, Franz Kastalecki, Wilhelm Barber, Jakob Zawada, Roman Weinheber; aus Skotschau: Josef Wrobel, Josef Kosewski; aus Ustron: Paul Cieslar; aus Schwarzwasser: Karl Brzuska; zu Ersatzgeschworenen wurden aus Teschen gewählt: Johann Wojtek, Rudolf Wallek, Leo Schleuderer, Karl Beil, Ignatz Süß, Rudolf Bialek, Tobias Pollak, Alois Rosner, Wl. Jaworski, Hermann Eisner, Bruno Kotula, Josef Tomaszek, Jakob Zehngut, Ernst Schwanda und Paul Zamarski. — Die Verhandlungen werden Kreisgerichtspräsident Dr. Lubomenski und die Kreisrichter Dr. Blahut, Arzt und Kawowski leiten.

Wohltätigkeits-Festvorstellung des Oesterreichischen Hilfsvereines. Am Samstag, den 7. März, abends 8 Uhr, gelangt durch das Ensemble des hiesigen Stadttheaters, unter der Regie des Vereinsmitgliedes Herrn Hanns Kurth, im hiesigen Stadttheater das Lustspiel „Die Wienerinnen", von Hermann Bahn, zur Aufführung. Zur Erhöhung des festlichen Gepräges werden durch das bekannte Wiener Tänzerpaar, der Primaballerina der Wiener Hof(Staats)oper, dem Frl. Hedy Pfundtmayr und deren Partner, Herrn Otto Werberg, Solotänze und Tanzduette equilibriert, deren Darbietungen uns das hohe Können und eine wirkliche Künstlerschaft vor Augen führen werden. Der Vorverkauf der im Preise mäßig erhöhten Karten findet ab Dienstag, den 3. d. Mts., an der Theaterkasse statt. Hierbei werden die Abonnenten bezw. Gewohnheitsbesucher unseres Theaters aufmerksam gemacht, daß es aus technischen Gründen unmöglich wird, die angestammten Plätze zu reservieren, weswegen höfl. das Ersuchen gestellt wird, sich die gewünschten Plätze rechtzeitig an der Tageskasse vormerken zu lassen resp. anzuschaffen. Dieser Abend soll ein Festabend werden, der durch das spezifisch „Oesterreichische" durchweht ist. Das Lustspiel Hermann Bahrs führt uns in das Milieu des Wiener Großstadtlebens und glossiert in köstlich feinem Humor das vom „Snobismus" angekränkelte Wienertum. Die urwüchsige Gestalt des reichen bodenständigen Wiener Architekten Ulrich, dessen Rolle in den Händen des Regisseurs Hanns Kurth liegt, weiß seinen Kreis in das richtige Fahrwasser zurückzuführen, — und gewinnt alle Herzen.

Kostenlose Beratung in Elektrizitäts-Angelegenheiten. Vom Magistrat Bielsko wird nochmals darauf verwiesen, daß jeden Dienstag in der Zeit von 3 bis 5 Uhr nachmittags am Bürgermeisteramt 1. Stock, Zimmer Nr. 22, allen Konsumenten kostenlose Ratschläge erteilt und Beschwerden, die mit der Stromlieferung zusammenhängen (z. B. Anschlußkosten, Unter- oder Ueberspannung, Unterbrechung der Stromlieferung, Zweifel an der Richtigkeit der Höhe der Stromfakturen usw.) entgegengenommen werden. Alle Beschwerden werden im Beisein des Amtsreferenten vom Sachverständigen überprüft und amtlich an das Elektrizitätswerk weiter geleitet. Vom Magistrat wird erwartet, daß die Konsumenten nunmehr alle Beschwerden bei der amtlichen Stelle vorbringen, damit ev. Differenzen beseitigt werden können.

Wieder etwas Erbauliches aus der Bielitzer Bezirkskrankenkasse

Die Kommissärwirtschaft treibt in der Bielitzer Bezirkskrankenkasse Blüten, die schon zum schärfsten Protest direkt herausfordern. Wir werden in Zukunft in unserer Zeitung eine ständige Rubrik für die Bielitzer Bezirkskrankenkasse reservieren müssen. Nämlich der Kommissär Fikus erblickt seine Hauptaufgabe darin, **die Polonisierung in der Kasse mit dem größten Terror durchzuführen! Mit Entlassungen deutscher Beamter ist ihm noch nicht gedient. Es darf jetzt überhaupt kein Beamter und kein Arzt mit den Kranken deutsch sprechen!! Alles, was nur nach Deutschtum riecht, will Herr Fikus mit Stumpf und Stiel ausrotten!** Dabei geht dieser kleine Mussolini mit der größten Strenge in Befolgung seiner Anordnungen vor. **Wer nicht pariert oder nur aufmuckst, fliegt unbarmherzig aufs Pflaster.**

Nun müssen wir aber doch die Frage aufwerfen: In welchem Gesetz steht es geschrieben, daß jedes Krankenkassenmitglied sich nur der polnischen Sprache bedienen darf?!

Wieso kommt ein krankes Mitglied der Kasse dazu, sich von dem Beamten abweisen zu lassen, wenn es seine Wünsche in deutscher Sprache vorbringt? — Wie sollen die deutschsprechenden Mitglieder ihr Anliegen dem Arzt vorbringen, wenn sie die polnische Sprache nicht beherrschen? — Wie soll das kranke Mitglied die Anordnungen des Arztes befolgen, wenn es dieselben nicht versteht? Dann kann es vorkommen, daß Arzneien, die zum Einreiben bestimmt sind, der Kranke trinken wird, oder umgekehrt!

Welche Folgerungen können noch aus dem fanatischen Nationalismus des Kommissars entstehen? Ist dies im Interesse der Kasse? Ist dieses Vorgehen überhaupt gesetzlich begründet? — **Wir haben doch in der Wojewodschaft Schlesien eine Autonomie!** Wie kommt da ein Krankenkassenkommissar dazu, hier eine Diktatur aufzurichten?

Die deutschsprechenden Mitglieder werden diesem Kommissar Fikus einmal begreiflich machen müssen, daß die Mitglieder nicht wegen der Kasse und seinem Kommissar da sind, **sondern die Kasse ist für die Mitglieder vorhanden!** — Solche Sanierungsmethoden müssen die Mitglieder der Kasse entschieden zurückweisen! Wird der Kommissar zur Rede gestellt, da wird die Situation in den rosigsten Farben geschildert. Alles wird als harmlos in echt jesuitischer Weise hingestellt. Kaum, daß sich die Delegation umdreht, erfolgt schon wieder ein neuer Gewaltstreich. Diese Zustände sind unhaltbar und müssen unbedingt beseitigt werden!

Theater und Kunst

Stadttheater Bielitz.

Freitag, den 6. März, abends 8 Uhr, im Abonnement (Serie rot) zum erstenmal: „Die Fahrt ins Blaue" von Gaston de Caillavet, Robert de Fleurs und Etienne Rey.

Mit der Aufführung dieses entzückenden Lustspiels wurde dem Wunsche einer großen Anzahl Abonnenten entsprochen.

Theaterabonnement.

Den geehrten Abonnenten zur gefälligen Kenntnis, daß die 6. Abonnementsrate bereits fällig ist. Es wird höflich ersucht, die entfallenden Beträge bis spätestens am 10. März an die Gesellschaftskasse Stadttheater 1. Stock oder an die Tageskasse im Foyer abführen zu wollen, zumal die Theatergesellschaft sonst gezwungen wäre, die nach diesem Termine durch den Inkassenten einzuhebenden Beträge mit der Inkassogebühr per 4 Prozent zu belasten.

„Wo die Pflicht ruft!"

Sozialdemokratischer Wahlverein „Vorwärts" Alt-Bielitz.

Sonntag, den 8. März 1931, findet um 9 Uhr vormittags im Gasthaus des Herrn Andreas Schubert die

Generalversammlung

des genannten Vereins mit folgender Tagesordnung statt:

1. Verlesung des Protokolls.
2. Berichte der Funktionäre: a) des Obmannes, b) des Kassieres, c) des Schriftführers, d) der Revisoren.
3. Neuwahl der Vereinsleitung.
4. Referat: Abg. Gen. Kowoll.
5. Allfälliges.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, vollzählig und pünktlich zu erscheinen!

Falls die für 9 Uhr angesagte Generalversammlung nicht beschlußfähig ist, findet dieselbe um 10 Uhr ohne Rücksicht auf die Anzahl der Anwesenden statt.

Der Vorstand.

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Freitag, den 6. März, um 6 Uhr abends im kleinen Saale des Arbeiterheims: Musikprobe.

Samstag, den 7. März, um 6 Uhr abends: Theater-Deklamationsabend.

Sonntag, den 8. März, um 4 Uhr: Gesang- und Spielabend.

Sozialdemokratischer Wahlverein „Vorwärts", Bielitz. Am Sonntag, den 8. März 1931 findet um 4 Uhr nachmittags im Arbeiterheim in Bielitz die diesjährige Generalversammlung des genannten Vereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Berichte der Funktionäre: a) des Obmannes, b) des Schriftführer, c) des Kassierers, d) der Revisoren. 3. Neuwahl der Vereinsleitung. 4. Referat von Abg. Gen. Kowoll aus Kattowitz 5. Allfälliges. Es ist Pflicht aller Mitglieder vollzählig und pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Ortsgruppe Bielsko. (Achtung Subkassierer der Metallarbeiter.) Alle Subkassierer der Metallarbeiter werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, das mit 31. März 1931, Schluß des ersten Quartals ist. Es ist daher Pflicht eines jeden Subkassierers, die einkassierten Beiträge bis 28. März abzuführen, um nicht die Quartalsabrechnung unnötig zu verzögern. **Der Vorstand.**

Achtung Radfahrer. Sonntag, den 8. März findet um 9 Uhr vormittag im Arbeiterheim in Alexanderfeld eine Vorstandssitzung statt. Die Mitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen

Arbeiterabstinentenverein. Samstag, den 7. März, findet eine außerordentliche Vorstandssitzung des Arbeiterabstinentenbundes im Lokal des Vereins der Kinderfreunde, um 6 Uhr nachm. statt. Sämtliche Mitglieder werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Alexanderfeld. (Wahlverein „Vorwärts".) Am Sonntag, den 8. März l. Js., findet um 3 Uhr nachmittags im Alexanderfelder Arbeiterheim die diesjährige ordentliche Generalversammlung des soz.-dem. Wahlvereins „Vorwärts" mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Als Referent wird Abgeordneter Gen. Kowoll aus Kattowitz erscheinen. Es ist Pflicht aller Mitglieder, vollzählig und pünktlich zu erscheinen! **Der Vorstand.**

Volksbühne Biala-Lipnik. Samstag, den 14. März d. J., um ½7 Uhr abends, findet in der Restauration des Herrn Leop. Schmidt in Biala die 11. Generalversammlung statt, wozu alle ausübende und unterstützende Mitglieder höfl. eingeladen werden. **Der Vorstand.**

Das Porträt

Von Roda Roda.

Es vereinigen sich in mir und um mich so viele liebenswerte Züge und niedliche Umstände:

Ich habe einen ungemein warmen Familiensinn.

Mir verlieh Gott die Gabe, den Augenblick innig zu verkosten — etwa wie ein Weinkenner sich den Einundzwanziger Neroberger auf der Zunge zergehen läßt — und zu jedem Augenblick möchte ich sprechen: Verweile doch — wo ich dich packe, bist du interessant.

Ich habe eine Tante mit Namen Franziska oder Zuckitante, eine gütige, eine holde, süße Person.

Endlich habe ich einen Freund, den Maler Andreas Nemes, der sich Nämmäsch ausspricht, weil er Ungar ist. Sehr begabt als Maler und auch menschlich wertvoll und gescheit.

Zuckitante wird nicht immer so schön bleiben. Ich, mit meinem Familiensinn, möchte mir sie aber doch im Zustand ihrer vollen Blüte konservieren. Was lag näher als: sie von Andor Nemes malen zu lassen?

Gut. Nemes stellte eine große Pappe vor sich auf, drückte bunte Würstchen aus den Tuben, rieb die Pinsel in den Würstchen um und zauberte mir das Tantchen auf die Pappe . . .

Doch nein, so geschwind wie ich das hier erzähle, ging es nicht. Vielmehr zierte sich Nemes — ein wenig zierte sich auch die Tante.

Sie sagte: sie sei doch nicht wert — und so . . .

Er sagte: in Gottes Namen wolle er's versuchen — doch es dürfe niemand das Porträt sehen, eh es fertig ist — niemand.

Zuckitante war sehr leicht umgestimmt — Nemes verlangte bindende Versprechungen, wir alle mußten die Versprechungen täglich erneuern.

Mittwoch endlich setzte Nemes noch etliche Lichter auf die Tante und sprach:

„So die Porträt is fertig."

„Darf ich es jetzt . . .??"

„Du därfst anschaun. Du — ja. Der Tante därf noch nicht. Der Tante muß hinaus."

Zuckitante ging lächelnd. — Nemes trat stolz von der Staffelei zurück. — Ich kam und sah und . . .

. . . und verfärbte mich.

„Höre, Nemes!" hauchte ich. „Das soll . . .? Das soll . . . unsre Tante sein???"

„Ja. Wie ich sie sehe," erwiderte er — ein wenig gereizt.

Ich drückte ihm fest die Hand, um ihn zu versöhnen — ich fühlte, ich war es seiner Begabung und unsrer Freundschaft schuldig. Dann sprach ich sanft und ohne den geringsten Vorwurf:

„Nemes! Hast du ihre Hände kornblumblau gesehen?"

Er lächelte fein. „Durchaus nicht," meinte er. „Aber betracht dir Bild bissl an: braucht es dort unten nicht eine kornblumblaue Fleck? Für künstlerische Balance?"

„Gewiß," murmelte ich eingeschüchtert. „Gewiß."

„Na, also. Und die eine Aug muß schwarz sein, sonst is ganze linke Hälfte matt."

„Gewiß. Aber Zuckitante ist so goldig, so brav . . . die Frau . . hier aber . . ."

„Nein. Zuckitante is nicht goldig. Sie is in ihre Innere ne Megäre. Diese geheime Zug in ihre Herzen hat müssen herauskommen in Porträt."

„Nemes! Ich wollte die Tante doch gemalt haben, wie ich sie sehe. Wollte sie gemalt haben, wie sie uns erscheint — wollte sie nicht gemalt haben mit dem Futter nach außen. Ein Porträt ist nicht um der Kunst willen da, sondern um eines Gefühls willen — ein Porträt ist ein Erzeugnis der angewandten Kunst — es ist bestimmt, die Erscheinung eines lieben Menschen, das Andenken an ihn auf lange Jahre festzuhalten. Uebrigens ist Zuckitante gar keine Megäre, sondern ein herzliches Geschöpf . . ."

„Nein, Roda, glaubt mir: ihr kennts sie alle nicht; sie is Megäre."

Ich zuckte die Achseln.

Und öffnete die Tür.

Tante erschien, blühend, glücklich und lächelnd.

Sah das Bild.

Ließ ihr Lächeln fallen, daß es hörbar zerklirrte. Ihre Augen funkelten — das linke ward deutlich schwarz. Die Zähne knirschten. Die Brauen flatterten erregt. Die Arme kamen ins Fuchteln.

Tante kochte.

Plötzlich ergriff sie die Pappe, und mit einem Schwung schmierte sie sie dem Maler an den Kopf.

„No," sagte Nemes befriedigt, „wer hat recht gehabt? Is sie herzlich?"

Liebesbriefe mit Milch geschrieben

Von allerlei Geheimtinten und wie sie sichtbar gemacht werden

Mancherlei Mittel gibt es, einen Brief so zu schreiben, daß nur der Adressat von seinem Inhalt Kenntnis erhält.

Man kann etwa den Briefumschlag gut zukleben.

Das ist ein sehr gebräuchliches Mittel, verliert aber augenblicks viel an Wirkung, wenn fremde Leute einen zugeklebten Briefumschlag nicht so respektieren, wie sie es eigentlich tun sollten. In diesem Falle hilft oft eine von den vielen sogenannten Geheim- oder Chiffreschriften. Aber auch die haben ihren Nachteil. Geheimschriften, die für Unbefugte wirklich unentzifferbar sind, lassen sich gegenwärtig nur noch mittels der ganz modernen Chiffriermaschinen herstellen, das sind ungeheuer komplizierte Apparate, die so teuer sind, daß ihre Anschaffung nur für den diplomatischen Geheimdienst und den internationalen Verkehr der großen Banken in Betracht kommt. Gewöhnliche Geheimschriften, die auf irgend einem vorher ausgemachten Chiffreschlüssel beruhen, können mit ein wenig Scharfsinn von jedermann entziffert werden, der sich die Mühe nimmt. Außerdem haben Geheimschriften noch den Nachteil, daß ein Dritter, der einen solchen Brief in die Hand bekommt, sofort erkennt, daß es sich hier um eine geheime Botschaft handelt.

Für Leute, deren Briefe zensuriert werden, wie etwa Strafgefangene oder auch militärische und industrielle Spione, sind daher Geheimschriften von gar keinem Nutzen, da sie ja — ob entziffert oder nicht — jedenfalls von der Zensur sofort aufgehalten werden. In solchem Falle hilft nur das Schreiben mit sogenannter „sympathischer" Tinte, das ist eine Flüssigkeit, die erst sichtbar wird, wenn man das damit beschriebene Papier in ganz bestimmter, vorgeschriebener Weise behandelt. Den Namen „sympathische" Tinte haben diese Flüssigkeiten übrigens keineswegs wegen ihrer herzerfreuenden, liebenswerten Eigenschaften, sondern deshalb, weil die Alchimisten des grauen Mittelalters, die solche Tinten herstellten, im Verdacht standen, mit dem Teufel im Bunde zu sein, mit den bösen Geistern zu „sympathisieren".

Nun, in Wahrheit haben diese sonderbaren Geheimtinten nicht das geringste mit dem Teufel zu tun, sie sind meist sogar so einfach herzustellen, daß selbst der blutigste Laie bei ihrer Erzeugung auf Geisterhilfe verzichten kann.

Natürliche Geheimtinten waren schon den Völkern des Altertums bekannt; schon Ovid empfiehlt seinen Leserinnen, ihre geheimen Liebesbriefe mit Milch zu schreiben, und in einem uralten arabischen Buch ist der Vorschlag enthalten: „So deine Botschaft verborgen sein soll dem Auge und Herzen des Fremdlings, schreibe sie nieder mit dem Safte der wilden Feige. Unsichtbar jedem Auge wird dann die Schrift bleiben solange, bis der Kundige das Blatt der Hitze des Feuers nahebringt; dann aber wird die verborgene Schrift in leuchtend roten Zügen vor seinem Auge auftauchen."

Heute hat man es nicht mehr nötig, wilde Feigen zu pflücken, wenn man Briefe mit unsichtbarer Tinte schreiben will. Es genügt eine bis zur Farblosigkeit verdünnte Lösung der bekannten, herrlich blauen Kupfersulfatkristalle, die man in jeder Drogenhandlung erhält. Ein damit beschriebenes Blatt Papier erhält nach dem Trocknen das Aussehen eines unbeschriebenen Blattes und niemand kann erraten, daß es geheime Schriftzeichen trägt. Erst wenn man den Brief in eine verdünnte Ammoniaklösung (Salmiakgeist) taucht, erscheinen die verborgenen Schriftzüge wieder in wundervollem, leuchtenden Dunkelblau. Man kann aber ebensogut als sympathische Tinte eine Lösung von gelbem Blutlaugensalz verwenden. Auch diese Schrift ist vollkommen unsichtbar und kommt erst zum Vorschein, wenn der Brief mit einer verdünnten Lösung von Eisenchlorid benetzt wird.

Ganz erstaunlich ist es, welchen Erfindungsgeist Sträflinge an den Tag legen, die aus irgendeinem Anlaß geheime Botschaften aus ihrer Zelle schmuggeln wollen. Die Beschaffung von Chemikalien ist ja für diese Leute fast ausgeschlossen. Und doch gibt es zwei Stoffe, die auch den Häftlingen leicht zugänglich sind und sich ausgezeichnet zur Herstellung unsichtbarer Tinte eignen: Bromnatron und essigsaure Tonerde. Beides können sich die Sträflinge meist leicht im Spital verschaffen. Um keinen Verdacht zu erwecken, schreiben diese Leute meist einen ganz harmlosen Brief mit gewöhnlicher Tinte, der anstandslos die Gefangenhauszensur passiert. Zwischen den Teilen dieses Briefes aber ist die eigentliche Botschaft — unsichtbar dem Auge jedes Nichteingeweihten — mit der Lösung von Bromnatron oder essigsaurer Tonerde geschrieben. Erst wenn der Empfänger den Brief vorsichtig vor einer schwachen Flamme erhitzt, heben sich die bisher farblosen Schriftzeichen zwischen den Zeilen in deutlichem Braun von dem weißen Papier ab.

Es gibt aber noch viel einfachere „sympathische" Tinten, Flüssigkeiten, die schlechtweg jedem Menschen zur Verfügung stehen: die schon vom alten Ovid erwähnte Milch, jeder beliebige farblose Fruchtsaft und schließlich sogar der menschliche Speichel. Mit all diesen Flüssigkeiten geschriebene Buchstaben sind nach dem Eintrocknen durchaus unsichtbar, werden aber sogleich wieder lesbar, wenn man das Papier schwach befeuchtet und dann mit feingesiebter Asche bestreut. Bei einiger Geschicklichkeit läßt sich sogar verdünnter Kaffee, Tee, ja selbst gewöhnliches Trinkwasser als Geheimtinte verwenden. Man braucht bloß das damit beschriebene Papier recht vorsichtig und langsam zu verkohlen, am besten, indem mit einem sehr heißen Plätteisen darüber fährt und die beschriebenen Stellen kommen deutlich in glänzendem Schwarz zum Vorschein.

Zum Schlusse noch ein ganz wenig bekanntes Mittel, um Briefe mit unsichtbarer Schrift zu schreiben: Man lege ein feuchtes Papier auf eine vollkommen ebene, harte Unterlage und darüber ein gewöhnliches, trockenes Schreibpapier. Auf dieses schreibe man die gewünschte Botschaft mit einem harten Bleistift, ohne stark aufzudrücken. Nachher zieht man das Deckblatt vorsichtig ab und läßt die feuchte Unterlage an der Luft trocknen. Niemand wird dann imstande sein, auch nur die geringste Spur einer Schrift darauf zu entdecken. Wird das Papier aber wieder befeuchtet und gegen das Licht gehalten, dann heben die Schriftzeichen sich durchsichtig von dem undurchsichtigen Papier ab und sind leicht lesbar.

So besehen, gäbe es vielleicht in gar vielen Briefen, die nach außen hin harmlos und belanglos scheinen, noch gar viel „zwischen den Zeilen zu lesen". Kurt Brittinger.



Englands königlicher Handlungsreisender in Südamerika

Der Prinz von Wales, der mit seinem Bruder Georg zur Hebung des britischen Wirtschaftseinflusses Südamerika bereist, beim Präsidenten von Peru. (Bosheit des Schicksals hat es gefügt, daß zu der Zeit, zu der dieses Bild in Europa eintraf, der peruanische Präsident bereits durch eine der dort landesüblichen Revolutionen hinweggefegt war.) — Von links: Präsident Cerro — der Prinz von Wales — die Gattin des peruanischen Außenministers Montagne — Prinz Georg — die Gattin des englischen Gesandten in Peru, Mrs. Bentinck — der peruanische Außenminister Oberst Montagne.



Faschisten am Grabe Friedrichs des Gro en

Eine Abordnung faschistischer Studenten, die den Stahlhelmbesuch in Rom mit einem Gegenbesuch in Berlin erwiderte, legte am Grabe Friedrichs des Großen in der Potsdamer Garnisonkirche einen Lorbeerkranz nieder.

Sprichwörter gegen die Frau

Bezeichnende Vorurteile des vergangenen Jahrhunderts

Die bürgerliche Gesellschaftsordnung hat in allen Ländern und bei allen Völkern seit Beginn des geschichtlichen Zeitalters der Frau stets eine untergeordnete Rolle zugesprochen; sie hat sie als dem Mann nicht gleichwertig behandelt. Vereinzelte Ausnahmen, wie sie in der Geschichte der Naturvölker zum Beispiel anzutreffen sind, bestätigen die Regel. Es blieb dem Sozialismus vorbehalten, für die Frau die Stellung zu erkämpfen, die ihr in der Geistesgeschichte, in der Politik und in der Gesellschaft zukommt. Hier ist erst der Anfang gemacht, und es bedarf noch gewaltiger Anstrengungen, ehe jene alten Vorstellungen und Vorurteile gänzlich ausgemerzt sind. Besonders charakteristisch für diese Haltung der Männerwelt sind die jahrhundertealten Sprichwörter die uns überliefert wurden.

Am gelindesten verfährt noch das deutsche Sprichwort: „Wenn Frauen auseinander gehen, bleiben sie noch lange stehen." „Aprilwetter und Frauensinn sind veränderlich von Anbeginn!" Diese beiden Sprichwörter sind garnicht einmal so arg. Gespreizter allerdings klingt schon dieses: „Ein Mann ist mehr wert, als zehn Frauen!"

Nun hebt ein großes Mißtrauen an: „Frau, Mühle und Schiff mangelt immer etwas", „Wer eine Frau zu bewachen hat, ist keines Tages sicher", „Die Frau verführt zum Guten wie zum Bösen, verführt aber immer!", „Einer Frau und einem Glas droht jede Stunde etwas" „Die Frauen haben immer anderthalbmal recht!" —

In Frankreich heißt es: „Ein Mann von Stroh wiegt mehr, als eine Frau von Gold", „Wo Weiber sind, sind auch Teufel", „Schwiegermutter und Schwiegertochter sind Sturm und Hagelwetter!" „Eine schöne Frau, ein schlechter Verstand", „Die Frau, der Wind und das Glück ändern sich beständig!"

Weiter, die Italiener: „Wenn ein Mann einen Pfennig verliert und eine Frau, so wird er den Pfennig vermissen!", „Will man ein Mädchen heiraten und ein Pferd kaufen, so soll man sie beim Nachbar suchen!", „Eine Frau, die zu oft am Fenster steht, ist wie eine Weintraube auf der Landstraße". —

Der Russe sagt: „Zwei Weiber bilden eine Versammlung, drei eine Hölle!", „Der Hund ist klüger als ein Weib, er bellt nicht seinen Herrn an!" —

Der Spanier legt sein Bekenntnis in folgenden Sprichwörtern ab: Zunächst noch gelinde: „Weiber sind das Paradies der Augen, das Fegefeuer des Teufels und die Hölle der Seele!", „Wer eine Frau nimmt, und wer einen Aal am Schwanze packt, kann sagen, daß er nichts bekommt!"

Der Schotte meint: „Besser halb gehenkt, als unglücklich verheiratet!", „Frauen und Glas sind zerbrechliche Dinge", „Es ist traurig für eine Frau, wenn sie keine Zunge hat, aber gut für den Mann, der mit ihr verehelicht ist!"

Bezeichnend sind jene Sprüche, die im Sterbefalle der Frau eine Bereicherung des Mannes sehen. Beispielsweise: „Der Tod der Frauen und das Leben der Schafe machen Leute reich!" „Wenn die Frauen gut sterben, und die Bienen gut schwärmen, der wird bald reich!", „Eine tote Frau ist so gut wie 200 Taler Gold" und ein weiteres Sprichwort meint, daß „Auf der Welt nichts elenderes ist, als eine reiche Frau zu haben!" —

Der bekannte Rabiner schrieb nach einem Bombardement seiner Heimatstadt an Gellert folgende bezeichnende Zeilen, die auch verschiedenes durchleuchten lassen, wovon wir gerade redeten: „Ich habe alles verloren und würde nun mit meiner Frau hungern müssen, wäre ich so dumm gewesen, mich zu verheiraten, so hungere ich doch nur allein! Meine Zukünftige muß wenigstens 3000 Taler mehr haben, so hoch steigt mein Verlust, nur kein eigenes Haus. Ich stelle mir das schrecklich vor, eine Frau wegen des Hauses zu nehmen und das Haus durch Feuer zu verlieren, ohne daß die werte Hälfte mit verbrennt!" —

Zur Zeit Ludwigs XV. gab es in Paris einen Kanzel-Bußredner, den Pater Bridaine, der Sonntags einmal den weiblichen Kirchenbesuchern erklärte: „Meine Damen! Soviel Haarnadeln Sie in ihren Haartürmen tragen, von sovielen Karren voll Teufel werden Sie eines Tages gestochen werden! Sie besitzen Perlen, Bänder, Spitzen, Straußfedern und nicht eine Tugend! Wie gefällig sind sie gegen die Verwesung, die der menschliche Leib heißt! In ewigen Kesseln werden Sie brodeln!" Ein andermal sagte er folgendes: „Meine Damen, ich benachrichtige Sie, der Teufel hat die erste Hypothek auf Sie!" An der Spitze einer Prozession rief der Pater ein andermal aus: „Jetzt Schwestern, werde ich Sie alle nach Hause begleiten!" — und führte sie auf den Friedhof! —

Und was sagte Jean Paul? „Wie schlimm die bösen Weiber sind, errät man aus den guten. Der beste Mann hat mit dem schlimmsten Weibe eine viel größere Hölle, als die beste Frau mit dem schlimmsten Manne!" H. M.

Die indischen Löwen

Wohl für die meisten Menschen ist das Vorkommen des Löwen untrennbar mit dem Erdteil Afrika verbunden; alle jene in den Reisebeschreibungen älterer und neuerer Zeiten immer wiederkehrenden Berichte von Löwenjagden spielen auf afrikanischem Boden. Dennoch wäre es falsch zu glauben, der Löwe sei von jeher auf den Erdteil Afrika beschränkt gewesen; vielmehr ist sein Verbreitungsgebiet ohne Zweifel erst durch den Menschen immer stärker eingeengt worden. Noch in geschichtlicher Zeit kam der asiatische Löwe in Palästina, Mesopotamien und Persien vor; ja sogar in Indien wurde er noch zu Beginn des vorigen Jahrhunderts vielfach angetroffen. Heute allerdings ist der Löwe aus den asiatischen Gebieten nahezu verschwunden; in Indien ist er ausschließlich auf die Halbinsel Kathiawar, nördlich von Bombay, beschränkt, wo von dem eingeborenen Fürst, Sir Mahabat Khani Nawab, noch etwa 200 Stück in einem waldigen Berggebiet von etwa 1036 Quadratkilometern Ausdehnung, dem Ginar-Wald bei der Hauptstadt Junagardh geschützt und gehegt werden. Aber auch da ist es nur eine Frage der Zeit, daß dieses Tier wegen der allmählichen Einschränkung seines Wohngebietes infolge Abholzung, sowie infolge der durch die enge Abgegrenztheit bedingten Inzucht verschwinden wird.

Große Schwierigkeiten waren daher zu überwinden, bis es nach dreijährigem Bemühen Arthur S. Vernay und Colonel Faunthrope endlich gelang von dem Nawab die Erlaubnis zum Abschluß je eines männlichen und eines weiblichen Löwen für das Amerikanische Naturhistorische Museum in Neuyork zu erhalten. Im Dezember 1928 konnte diese lange geplante Jagdexpedition ausgeführt werden, und es war Ende Februar des folgenden Jahres, als es den beiden Jägern als Gästen des Nawab gelang, einen starken alten Löwen zur Strecke zu bringen. Es war ein ausgewachsenes, stattliches Tier von 2,77 Meter Länge mit einer prachtvoll ausgebildeten hellfarbigen Mähne. Einige Tage später konnten sie dann auch noch eine ausgewachsene Löwin erlegen, bei welcher Gelegenheit Vernay in einer Entfernung von nur 20 Metern nicht weniger als 9 Löwen beisammen sah.

Die erlegten Löwen unterscheiden sich fast gar nicht von den afrikanischen Löwen. Die alte Auffassung von dem mähnenlosen indischen Löwen ist daher unhaltbar. Gewiß haben Weibchen und junge Löwen keine Mähne aber der alte, erlegte Löwe gleicht dem afrikanischen so sehr, daß ihn, wie Vernay in „Natural History" bemerkt „niemand als eingeborenes, afrikanisches Tier angezweifelt hätte, wäre er etwa im Tanganyika-Gebiet (dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika!) erlegt worden".

Moses im Briefkasten

Mit frisch geborenen Kindern hat man oft so seine Sorgen, das ist bekannt. In altbiblischen Zeiten war das auch schon der Fall, und das bezeugt beispielsweise die Aussetzung des kleinen Moses am Ufer des heiligen Nils. „Ausgesetzt" wird auch heute noch.

Solche Fälle sind dann für gewisse Beteiligte oftmals nicht gerade angenehm. Angenehm war das zum Beispiel einem Belgrader Metzgermeister nicht, der drunten auf dem „Grünen Platz", wo sie jetzt eine neue Markthalle errichtet haben, jeden Tag hübsch fein das Fleisch und die Knochen zerhackte, abwog und sie mit gefälligen Redensarten seiner treuen Kundschaft verkaufte. Drängte sich da aber dieser Tage zwischen seiner Kundschaft plötzlich eine junge Frau durch, legte dem Metzgermeister ein Bündel, aus dem was herausschrie, auf seinen Verkaufstisch, und sagte scharf und bestimmt, wie in gewissen Fällen die Frauen das so machen, zu dem Metzgermeister:

„Willst du dich nun mit mir verheiraten, ja oder nein?! Hier ist dein Kind!"

Unangenehme Szene. Der Metzgermeister wurde inmitten seiner zahlreichen Frauenkundschaft unsicher, er versuchte das Bündel von seinem Ladentisch wegzuschieben, auch die aufdringliche Person, und stammelte dann so etwas wie?

„Was für ein Kind?! Was soll das heißen...?"

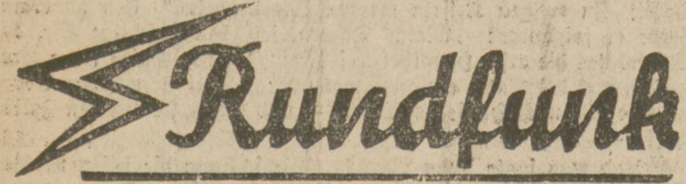
„Das soll heißen, daß ich dir vor acht Tagen ein Kind geboren habe! Hier hast du es, und jetzt gehe ich auf die Polizei und melde es auf deinen Namen an!"

Blamabel. Wo man doch verheiratet ist. Wenn freilich die legitime Frau auch gerade nicht in Belgrad, sondern drunten in Prokuplje wohnte. Die Kundschaft begann schon Witze zu machen: „He, Meister, verkaufst du das hier (aufs Bündel zeigen) kilo- oder stückweise?"

Die junge Frau aber war inzwischen schon verschwunden. Da lag nun das Wurm, fing so heftig das Quietschen an, daß die ganze Markthalle davon widerhallte und die Kunden von allen Ständen herbeieilten, um sich das interessante Bündel anzuschauen. Ja, ekelhafte Situation! Was nur tun? Der Balg gab keine Ruhe, trotzdem schließlich der Metzgermeister es zu beruhigen versuchte; nein, es quietschte nur noch toller. Und weil die Kundschaft immer anzüglichere Witze machte und weil es ja heute nun doch nichts mehr mit dem Verkaufen wurde, schlug der Meister dann einfach seinen Laden zu, rief, da er ein feiner Mann war, einen Gepäckträger heran, ließ den das Bündel vorantragen und trottete wie ein begossener Pudel hinter dem drein.

Die materialistische Moral der Sowjets wird natürlich auch aus diesem bourgeoisen Skandal nun wieder Honig für ihre Patent-Kollektiv-Kinderbehandlung ziehen, aber auch die Athener Bourgeoisie wird sich erneut in die Brust werfen und ihrerseits behaupten, daß für derartige Fälle sie seit langem schon die einzig vorbildliche Einrichtung besäße. Irgendwo in Athen befindet sich an einem Kindererziehungsheim eine Art Briefkasten, — uneheliche Mütter oder Väter treten, wenn die Abend- oder Morgenschatten die Sachlage weich umhüllen, an den Briefkasten heran, öffnen ihn rasch und legen das Junggeborene, für das sie keinen Gebrauch haben, hinein, drücken auf die Klingel, die daneben angebracht ist, — und wenn diese unehelichen Väter oder Mütter längst schon auf raschen Sohlen in Nacht und Dunkelheit untergetaucht sind, tritt aus dem Heim dann eine Kinderpflegerin hervor, nimmt ganz selbstverständlich und unüberrascht das Kind aus dem Briefkasten, trägt's ins Haus und erzieht es dort anonym unter irgendeiner Nummer...

Ja, das nenne ich in der Tat vorbildliche Gemeinnützigkeit.



Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12.10: Mittagskonzert. 14.30: Vorträge. 16.15: Stunde für die Kinder. 16.35: Vortrag. 17: Gottesdienst. 18: Für die Jugend. 18.30: Konzert für die Jugend. 19.15: Vorträge. 20.30: Unterhaltungskonzert. 23. Tanzmusik.



Zum 7. Male Sieger im Holmenkollen-Sprunglauf

wurde der Norweger Gröttumsbraaten, der diesen schwersten und am stärksten umkämpften Skiwettbewerb seines Landes — trotz seiner 33 Jahre — wieder gewinnen konnte.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12.10: Mittagskonzert. 14.30: Vorträge. 16.15: Für die Jugend. 16.35: Vorträge. 18: Kinderstunde. 19: Vorträge. 20.30: Unterhaltungskonzert. 22.15: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.

Sonnabend, 7. März. 15.35: Kinderzeitung. 16.00: Zu Unterhaltung und Tanz. 16.30: Das Buch des Tages. 16.45: Zu Unterhaltung und Tanz. 17.15: Die Filme der Woche. 17.45: Zehn Minuten Esperanto. 17.55: Mitteilungen des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands e. V. 18.05: Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. 18.30: Wettervorhersage; anschließend: Abendmusik. 19.00: Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturnachweis. 19.30: Wiederholung der Wettervorhersage; anschließend: Die Revellers singen auf Schallplatten. 20.00: Das wird Sie interessieren! 20.30: Aus Berlin: Unterhaltungsmusik. 21.00: Aus Berlin: Abendberichte. 21.10: Aus Berlin: Was bringt die Abendzeitung? 22.15: Aus Breslau: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.40: Aus Berlin: Tanzmusik. 0.30: Nur für Breslau: Nachtmusik. 1.30: Funkstille.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Bismarckhütte. Am Montag, den 9. März, abends um 7 Uhr, findet bei Brzezina ein Lichtbildervortrag statt.

Königshütte. Der Bund für Arbeiterbildung veranstaltet am Sonntag, den 8. März, nachm. 6 Uhr im großen Saale des Dom Ludowy einen Märchenabend. Zur Aufführung gelangen die neuesten Märchen, koloriert. Als Referent ist Herr Lehrer Boidol gewonnen. Eintrittsgeld beträgt 20 Groschen pro Person. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Siemianowitz. Freitag, den 6. März, abends 7 Uhr, Vortragsabend bei Kozdon.

Versammlungskalender

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Montag, den 9. März abends 6 Uhr, im Zentralhotel Vorstandssitzung.

Um den Kommunalfriedhof. Das vorbereitende Komitee hält seine Sitzung am 7. März, nachmittags ½5 Uhr, im Parteibüro der D. S. A. P., Zentralhotel, ab. Alle Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

Kattowitz. (D. M. V.) Nach Beschluß der Ortsverwaltung sind die Sprechstunden für Katowice und Umgebung, das heißt, für alle Kolleginnen und Kollegen, die der Ortsverwaltung Katowice angehören, wie folgt, festgesetzt: Jeden Dienstag, von 15½—18 Uhr, und jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats, von 10—12 Uhr vormittags. — **Unterstützungszahlungen jeglicher Art, finden nur jeden Freitag, nachmittags von 15—18 Uhr,** statt.

Kattowitz. (Freidenker.) Am Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Zentralhotel die fällige Mitgliederversammlung statt. Gäste willkommen.

Königshütte. (Zimmerer und Maurer.) Sonnabend, den 7. März, nachm. 6 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung. Referent zur Stelle. 5—6 Uhr Vorstandssitzung.

Kostuchna. (Wichtige Versammlung.) Am Sonntag, den 8. März, findet im Lokale Weiß eine wichtige Versammlung der deutschen freien Gewerkschaften (D. M. V. und B. A. V), mit dem polnischen Zentralverband statt. Anfang nachmittags 4 Uhr. Erscheinen aller ist Ehrenpflicht. Stellungnahme zur Betriebsratswahl.

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Kattowitz. Frauenversammung am Sonntag, den 8. März, abends 6 Uhr, im Saal des Zentralhotels. Referentin: Genossin Kowoll.

Bezirksgeneralversammlung der D. S. J. P.

Am Sonntag, den 8. März, findet die Bezirksgeneralversammlung der D. S. J. P. in Krol.-Huta (Volkshaus), statt. Die Tagesordnung geht aus den letzten Rundschreiben hervor. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, bereits um ½2 Uhr im Tagungslokal zu erscheinen. Die Tagung beginnt, ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Delegierten, um 3 Uhr.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Freitag: Theaterprobe.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 6. März: Lichtbildervortrag im Jugendheim.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen.

am Sonntag, den 8. März 1931.

Zalenze-Domb. Vorm. 9½ Uhr bei Golczyk. Referent zur Stelle.

Neudorf. Vorm. 9 Uhr bei Goretzki. Referent zur Stelle.

Maschinisten und Heizer.

Lipine. Am Freitag, den 6. März, nachm. 5 Uhr, bei Haase.

Holzarbeiter.

Königshütte. Sonntag, den 8. März, vorm. 10 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung.

Freie Sänger.

Königshütte. (Volkschor „Vorwärts".) Freitag, den 6. März, abends 7½ Uhr, Vorstandssitzung.

Freie Sportvereine.

Siemianowitz. Sonnabend, den 7. März, abends punkt 8 Uhr, findet nach mehrwöchiger Unterbrechung, die durch die Schließung der Schwimmanstalt hervorgerufen worden ist, wieder die Schwimmstunde statt.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Max Bonzoll, Katowice, ul. Kościuszki 29; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, ulica Kościuszki 29.

Werbet ständig neue Leser!